

**Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut
und sozialer Spaltung**

8. Sitzung

am 10. Dezember 2014

im Börsenhof A, Raum 416

Anwesend: Abg. Frau Böschen (SPD)
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Krümpfer (SPD)
Abg. Möhle (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Röwekamp (CDU)
Abg. Dr. vom Bruch (CDU), Vorsitzender
Abg. Weigelt (SPD)

weiter sind anwesend:

Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE)
Abg. Frau Grönert (CDU)
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Frau Hauffe	Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, Landesbeauftragte
Frau Dr. Schröder	Arbeitnehmerkammer Bremen
Frau Schäfer	Universität Bremen Zentrum für Sozialpolitik

Herr Schulz	Mitarbeiter der SPD-Fraktion
Frau Hasberg	Mitarbeiterin der SPD-Fraktion
Frau Müller	Mitarbeiterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Quick	Mitarbeiterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Möglin	Mitarbeiterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hesse	Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE
Herr Spehr	Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE
Herr Dr. Schrenk	von der Senatskanzlei
Frau Gohlke	von der Bürgerschaftskanzlei als Assistentin des Ausschusses

Abg. Dr. vom Bruch eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Abg. Dr. vom Bruch: Wenn ich darum bitten dürfte, zu versuchen, in der Weite dieses Raums nicht nur einen Platz zu suchen sondern auch zu finden, dann könnten wir langsam aber sicher Fahrt aufnehmen!

Meine Damen und Herren, aber insbesondere - aus gegebenem Anlass - meine Damen! Ich darf Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Sitzung begrüßen. Ich darf Ihnen im Nachhinein noch einmal sagen, dass ich mich bei allen Beteiligten herzlich dafür bedanke, dass es auch mit der Verlegung des Termins funktioniert hat, dafür gab eine ganze Reihe unterschiedlicher Gründe, terminliche Gründe, aber insbesondere auch, was die Verfügbarkeit der Damen anbelangt, die nachher noch zu Wort kommen sollen, wollen und müssen. Ich danke dafür, dass es dann am Ende doch relativ unbürokratisch in dieser ungewöhnlichen Räumlichkeit funktioniert hat.

Meine Damen, die ich jetzt hier sehr herzlich begrüße, ich darf vorweg schicken: Es ist keine Vernehmung, die wir hier beabsichtigen, sondern dies ist ein freier und ein hoffentlich anregender Austausch von Informationen und Meinungen. Die etwas ungewöhnliche Sitzordnung - die auch jetzt nicht so besonders kommunikationsfreundlich ist, wenn ich einmal nach links und nach rechts schaue - ist dem Umstand geschuldet, dass die Bestuhlung hier für den Untersuchungsausschuss ausgelegt ist, und das ist, wie Sie unschwer wissen, eine etwas andere Situation, die nach der Strafprozessordnung organisiert ist, und das soll es nun heute ausdrücklich nicht sein.

Wir haben, um das noch einmal aufzunehmen, in der Vergangenheit das Thema Armutsprävention unter bestimmten Stichworten diskutiert. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir in diesem Ausschuss nicht in der Lage sein werden, alle möglichen Aspekte und Phänomene von Armut erschöpfend zu debattieren und zu diskutieren. Dafür reicht weder die Zeit, noch mutmaßlich auch die Kapazitäten, die wir diesbezüglich haben, sondern wir haben von Anfang an gesagt, dass wir uns bestimmte Phänomene herausuchen, die wir für wichtig erachten, was nicht bedeutet, dass andere Phänomene nicht ebenfalls von hoher Priorität und Wichtigkeit sind. Ich möchte in dieser Hinsicht auch gar keine Reihenfolge oder Bewertung machen, das

traue ich mir auch nicht zu, aber wir haben immer gesagt, dass wir diesbezüglich eine gewisse Auswahl treffen wollen und müssen.

Wir waren uns allerdings sehr schnell darüber einig, dass wir uns mit dem Thema Armut und Frauen befassen wollen und befassen müssen, weil es ein besonders bedrückendes, verbreitetes und uns auch hier in Bremen besonders betreffendes Phänomen ist. Deshalb glaube ich, dass wir heute dieses Thema zu recht in einer eigenständigen Veranstaltung und Sitzung hier aufrufen, und uns sehr darauf freuen, dass wir hier sehr namhafte Referentinnen begrüßen dürfen. Ich darf Frau Hauffe von der ZGF, von der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau - das darf ich ablesen! - begrüßen, ganz herzliches Willkommen an Sie! Es war uns und mir persönlich sehr wichtig, dass auch Sie in diesem Zusammenhang hier zu Wort kommen, weil ich glaube, alles andere wäre ein eigenartiges Signal gewesen, und deshalb ein herzliches Willkommen an Sie!

Ich darf aber auch die beiden anderen Referentinnen ganz herzlich begrüßen: Von der Arbeitnehmerkammer Frau Dr. Schröder und von der Universität Frau Andrea Schäfer. Wir sind sehr gespannt auf Ihre Ausführungen, weil wir ja auch immer sagen, dass wir die Phänomene, die uns hier betreffen, immer aus möglichst zwei Blickwinkeln betrachten wollen. Was gibt es also im Allgemeinen darüber zu wissen, aber was gibt es auch in Bezug auf Bremen, unsere bremische, spezifische Situation, dazu zu wissen? Deshalb ist uns jetzt auch gar nicht so sehr daran gelegen, aus allen Herren Bundesländern überregionale Kapazitäten einzuladen, was man auch hätte tun können, sondern wir wollen die Kompetenz ganz gezielt nutzen, die wir hier in unserer Stadt und in unserem Bundesland haben.

Soweit zur Vorrede! Ich würde dann ganz formal eingangs die Frage stellen, ob es zur Tagesordnung Hinweise oder Kommentare gibt? Das ist nicht der Fall. Dann würde ich jetzt zunächst erst einmal rein formal den Tagesordnungspunkt 1 aufrufen, der die Protokolle betrifft und die Protokolle, die jetzt in einer etwas größeren und umfangreicheren Zahl vorliegen, hier zur Abstimmung stellen. Es sind die Protokolle der fünften, sechsten und siebten Sitzung. Gibt es gegen diese Protokolle Einwendungen? Diese Einwendungen sehe ich nicht, dann danke ich dafür ganz herzlich und verbinde damit den Dank an diejenigen, die diese Protokolle erstellt haben, allein

der Umfang ist ja beachtlich, und es ist schon wirklich eine außergewöhnliche Leistung, das in dieser Art und Weise dann auch herzustellen.

Das erinnert mich an einen Punkt, den ich eigentlich an dieser Stelle kurz erwähnen muss: Frau Kollegin Vogt sich für heute hat entschuldigen müssen. Das ist insofern bedauerlich, als dass insbesondere Frau Kollegin Vogt immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, dass ihr dieses Thema besonders am Herzen liegt, und deshalb begrüße ich hier unter uns Frau Kollegin Bernhard!

Abg. Frau Bernhard: Mir liegt es auch am Herzen!

Abg. Dr. vom Bruch: Das wollte ich damit gar nicht sagen. Das Thema liegt natürlich uns allen am Herzen, aber Frau Vogt hat auch von Anfang sehr darauf gedrungen, dass wir uns mit diesem Thema eben separat befassen. Das ist hier an dieser Stelle eben zu bemerken, insofern ist es etwas tragisch, dass sie dem heute hier nicht folgen kann. Frau Bernhard wird die Vertretung wahrnehmen, ich denke, da gibt es auch keine Widersprüche.

Meine Damen und Herren, dann möchte ich auch ohne weiteren Verzug Ihnen das Wort erteilen! Es war in der Vergangenheit immer so, dass wir eher nach hinten hinaus ein zeitliches Problem gehabt haben, und wir haben vorgesehen, dass wir jeder von Ihnen ungefähr zehn Minuten für Ihre Ausführungen einräumen wollen. Wir haben es immer so gehalten, dass wir nach dem Vortrag eine Frage- und Diskussionsrunde eröffnet haben. Wir wollen uns einmal bemühen, dass wir gegen 16 Uhr, spätestens 16.15 Uhr, fertig sind.

Ich würde mir eingangs noch einen informatorischen Hinweis erlauben, bevor ich es vergesse: Die Senatorin für Finanzen hat jüngst einen Benchmarking-Bericht veröffentlicht. Er ist nicht nur im Allgemeinen, sondern auch in Bezug auf die hier in Rede stehende Thematik interessant. Darin sind viele Zahlen, die auch das Armutsphänomen und zusammenhängende Ursachen betreffen und das in einem überregionalen Vergleich darstellt. Das ist sicherlich auch an dieser Stelle sehr erhellend. Wer dies wider Erwarten nicht verfügbar hat, dem können wir das auch gern zur Verfügung stellen!

So, nun wollen wir aber in medias res gehen! Ich würde folgende Reihenfolge vorschlagen: Frau Hauffe, Frau Dr. Schröder und Frau Schäfer. Wenn Frau Hauffe vielleicht beginnt und wenn Sie mögen, vielleicht noch drei Sätze zu Ihrer eigenen Vorstellung sagen wollen. Frau Hauffe, Sie haben das Wort, wir freuen uns auf Ihre Ausführungen!

Frau Hauffe: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Herzlichen Dank auch an alle anderen, dass Sie mich eingeladen haben um zu dem Thema zu reden. Ich finde es auch sehr richtig, dass das ein besonderes Thema im Rahmen dieses Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung ist, weil es hinlänglich bekannt ist, dass wir hier von einer viel stärkeren Frauenarmut als von Männerarmut reden müssen. Deswegen, finde ich, bietet sich das an.

Für diejenigen, die mich nicht kennen: Ich bin die Landesbeauftragte für Frauen des Landes Bremens und leite die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, und innerhalb dieser Zentralstelle haben wir Fachreferate zu den verschiedenen Politikbereichen, also auch Arbeits- und Wirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Erziehung, auch Gewalt ist bei uns ein Thema. So müssen Sie sich das also vorstellen, für die, die das nicht genau wissen. Die Personen in der Reihe hier vorn wissen dies ganz genau, aber vielleicht die Reihe hinter mir nicht, sodass dort die fachliche Zuarbeit auch gewährleistet ist.

Ich habe eine eher, wie soll ich jetzt einmal sagen, organisatorische Frage, die Sie, Herr Vorsitzender, dann zu überlegen haben: Wir haben uns ziemlich gut abgestimmt, das heißt, wir haben versucht, keine Überschneidungen größerer Art zu haben. Deswegen kann es sein, dass nicht jeder Vortrag diskutiert wird, sondern vielleicht nur Verständnisfragen gestellt werden. Aber das sollten Sie dann für sich überlegen, denn Frau Dr. Schröder wird sich insbesondere auch noch einmal zu der Erwerbsbeteiligung von Frauen und den Alleinerziehenden, diese besondere Risikogruppe, und zu dem gender-pay-gap äußern. Also eigentlich zu der Frage, die auch im Arbeitsleben eine ganz große Rolle spielt, nämlich der Frage der Existenzsicherung durch Einkünfte oder Nichtexistenzsicherung an der Stelle je durch Einkunft, das müssten Sie sich dann noch überlegen. Das ist nur so jetzt vorab schon einmal

gesagt. Frau Gohlke, Sie haben netterweise die Präsentation von mir schon aufgespielt!

Ich möchte Ihnen kurz etwas zur Bundessituation sagen. Ich beziehe mich hier auf Zahlen des Statistischen Bundesamts, die im Jahr 2014 veröffentlicht wurden, sich aber auf das Jahr 2013 beziehen. Es war so, dass die Quote der armutsgefährdeten Personen bei den Frauen unter 18 Jahren - wir reden jetzt gerade also über die Frauen unter 18 Jahren! - mit 15,4 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegt, aber höher als das Armutsrisiko für die gleichaltrige männliche Bevölkerungsgruppe ist. Wir reden hier durchaus über nennenswerte Zahlen, und ähnlich hohe Unterschiede gibt es zwischen den beiden Geschlechtern. Wenn man sich die Altersklassen der 18 bis 64-Jährigen anschaut, dann stellt sich bei den Frauen das Armutsrisiko um fast zwei Prozentpunkte höher dar als das bei den Männern.

Wenn wir über die Zahl der über 65-Jährigen noch hinausgehen, dann ist die Armutsgefährdung - wieder in Relation zu den Männern - noch einmal deutlich höher, und zwar haben wir hier fast fünf Prozentpunkte Unterschied zwischen den Frauen und den Männern. Ich bin mir sicher, dass diese Tendenz in diesem Gremium bekannt ist, nämlich dass es eigentlich, wenn es um Armutsfragen bei Frauen geht, wir zwei Cluster haben. Das eine Cluster sind die Alleinerziehenden - das, was Frau Schröder besprechen wird -, und die andere Gruppe ist das, was wir unter Altersarmut von Frauen fassen. Dort bilden insbesondere Frauen eine besonders große Gruppe, und wir haben auch immer noch einen Ost-West-Unterschied. Der Ost-West-Unterschied erklärt sich damit, dass die Frauen im Osten keine so gebrochene Erwerbsbiografie und kein so tradiertes Erwerbsbild haben wie die Frauen im Westen, und aus diesen Gründen heraus haben sie eine erheblich gesichertere Rentenanwartschaft entwickelt und erworben als die Frauen im Westen. Nach 25 Jahren ist das übrigens immer noch deutlich.

Ich merke gerade, ich muss immer auf diese zehn Minuten achten, Sie kennen das ja von mir, dass ich eigentlich immer über alles ganz viel reden kann! Also, ich muss dann gemahnt werden!

Im Land Bremen - das sehen Sie hier mit der roten Kurve - steigt die Armutsgefährdung von Frauen. Das ist der Bundesmedian, und die blaue Kurve zeigt die Arbeitslosenquote von Frauen. An der Stelle sehen Sie, dass das Armutsrisiko von Frauen steigt. Das gilt nicht nur für Bremen, das muss man deutlich sagen! Nicht, dass wir immer denken, dass nur wir in Bremen ganz schlecht dran seien, sondern so ist es auch bundesweit. Für Bremen können wir sagen, dass fast jede vierte Frau armutsgefährdet ist. In Bremen - das ist übrigens ein bisschen untypisch - sind Männer fast genauso häufig von Armut bedroht wie Frauen, wenn man das jetzt nicht in diese Altersgruppen aufteilt, sondern wenn man das insgesamt durchschnittlich nimmt.

An der Stelle möchte ich einen Punkt einbringen, der mir immer wieder unter den Nägeln brennt, wenn wir über Kinderarmut reden. Lassen Sie mich an der Stelle einfach sagen: Es gibt keine Kinderarmut! Ich sage das immer wieder gern so brutal: Es gibt keine Kinderarmut! Kinderarmut ist eine abgeleitete Elternarmut, und wenn wir von Kinderarmut reden und diese Kinderarmut lindern wollen, dann betreiben wir an der Stelle eine Art Etikettenschwindel, der uns vielleicht auch manchmal auf falsche Wege führt. Es ist nicht so, dass jede Weihnachtshilfe falsch ist, die finde ich richtig und das kann man also alles tun, aber das sind alles nur armutslindernde Maßnahmen. Armutslindernde Maßnahmen sind keine strukturwirksame, sondern individualisierte Maßnahmen. Sie sind gut und richtig und Gott sei Dank gibt es Menschen, die etwas spenden. Aber wenn wir von Kinderarmut reden, ändern wir nichts strukturell, sondern wir müssen schauen, wer die Eltern sind, deren Kinder arm sind. Es geht mir an der Stelle um die Eltern.

Wir haben riskante Übergänge im Frauenleben. Diejenigen, die schon länger in Amt und Würden hier vor mir sind, müssten die Fachtagung „Programmierte Frauenarmut“ kennen, die die ZGF zusammen mit der Arbeitnehmerkammer im Jahr 2008 in der Bremischen Bürgerschaft veranstaltet hat. Ich halte dieses Buch noch einmal hoch, einige von Ihnen müssten dieses Buch kennen. Sie sehen, es ist ein richtiges Buch geworden, und die „Programmierte Frauenarmut“ zeigt Armutsrisiken von Frauen im Lebensverlauf auf. Das finden Sie übrigens alles bei uns auf der Seite, für die, die das Buch nicht haben. Bei uns ist es vergriffen, weil es bundesweit abgerufen worden ist, weil die Inhalte so bedeutsam sind. Wir haben dort Problemanalysen und Lösungsstrategien entwickelt. Die Lösungsstrategien würden heute nicht mehr

alle gelten, die Problemanalysen aber schon, und was finden wir? Wir finden riskante Übergänge im Lebensverlauf von Frauen, darunter übrigens ganz deutliche, und ich werde gleich darauf noch kommen, welche das sind, und bei denen Sie sich zum Teil vielleicht auch wundern werden.

Wir haben den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der übrigens diese Lebenslaufperspektive übernommen hat, und wir haben natürlich mit diesen bestimmten biografischen Übergängen herausfinden oder analysieren können, was an der Stelle eigentlich passiert. Es ist nicht nur so, dass den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit in den Familien die Frauen leisten. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der etwas mit der Vollerwerbstätigkeit oder eben der Teilzeiterwerbstätigkeit zu tun hat, aber es ist nicht nur der eine Punkt. Was ist in dem ersten Teil, von dem Sie wahrscheinlich alle sagen, wieso, die Mädchen sind doch so großartig, also Übergang von Schule in Ausbildung. Ja, die Mädchen schließen besser ab und was hat das mit Armutsrisiko zu tun? Ehrlich gesagt: Eine Menge! Trotz der guten Erfolge im Bildungssystem schaffen es die Frauen nämlich nicht, wie Männer eine entsprechende Bildungsrendite aufzubauen. Wir nennen dies - so ist es auch in der Tagung besprochen worden - eine mangelnde Bildungsrendite.

Was heißt das? Dass eigentlich die Leistung, die die Mädchen mitbringen, sich überhaupt nicht hinterher darstellt, sowohl in Ausbildungsentscheiden, und damit meine ich nicht nur der Mädchen selbst, sondern auch der Betriebe oder der Ausbildungsstätten generell, sondern auch, dass sie mit dem, was sie dann mitbringen, entweder nicht gewollt sind oder aber auch in tradierter Form sich selbst entscheiden. In tradierter Form dürfen sie sich eigentlich auch entscheiden, wenn nicht die tradierten Frauenberufe die wären, die in der Logik auch immer die niedrig dotierten sind. Also hier ist eine Falle richtig drin, eine Verschiebung, große Falle. Die eine, dass jene in Ausbildungen, die niedrig dotiert sind, das andere, dass in den hochpreisigeren Gewerken und Unternehmen und so weiter Frauen oder Mädchen auch nicht genommen werden. Ich wundere mich immer, wenn von der Handelskammer immer gesagt wird, dass die Abschlüsse der Schüler und Schülerinnen doch so schlecht seien. Sie sagen immer, dass die Abschlüsse „der Schüler“ so schlecht seien und dass gerade die Bremer Schüler so schlecht seien, und sie deswegen so schlecht in die Ausbildung aufgenommen werden könnten. Da kann ich immer nur lachen und sagen:

Meine Güte, meine Herren und Damen, dann übernehmen Sie doch die Mädchen, die sind so gut! Aber das tun sie nicht, da ist auch ein richtiger Fehler im System.

Die ZGF ist auch eine Institution, die sich sehr kritisch den zweijährigen Ausbildungen zuwendet, die ja durchaus hier im Land Bremen eingeführt werden, und zwar auch so, dass sie exklusiv im Land Bremen stattfinden und wir Schwierigkeiten haben, wenn junge Frauen dann vielleicht doch außerhalb Bremens tätig werden wollen. Es wird natürlich ein bisschen versucht, diese zweijährigen Ausbildungen zu verbessern, indem weitergehende Möglichkeiten wie schulische Abschlüsse und so weiter geboten werden, aber wir haben ein Problem mit der Zweijährigkeit, weil man im Prinzip ein Downgrading betreibt. Das heißt, man macht im Prinzip die sowieso schon schlechter bezahlten Ausbildungen und bei der Zweijährigkeit bekommt man dann noch weniger Geld.

An dieser Stelle ist Berufswahl ein schwieriger Begriff, weil es im Grunde ein bisschen von dem Angebot abhängt. Es ist eben nicht so - das sagt der DGB-Ausbildungsreport sehr deutlich -, dass sie einen Ausbildungsplatz in ihren Wunschberufen bekommen. Wir haben nach wie vor die Kauffrau im Einzelhandel auf Platz 1, wir haben weiterhin die Verkäuferin, und ich muss Ihnen nicht sagen, dass wir im Einzelhandel kaum unbefristete Beschäftigung haben und dass die Umwidmung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in 450-Euro-Jobs flächendeckend passiert ist. Dort bestehen also lauter Armutsrisiken.

Der nächste Punkt ist der Übergang von der Schule in die Ausbildung. Wenn wir uns hier das Thema der Migrantinnen anschauen: Wir haben fast 60 Prozent an Migrantinnen in Bremen, die mit 30 noch keinen Berufsabschluss haben, und über 20 Prozent haben auch keinen Schulabschluss. Hier besteht also ein eigenes Aufgabenfeld, dem wir uns zwingend widmen müssen, und das mit viel Kraft.

Der nächste lebensbiografische Übergang ist der in die Elternschaft und hier besteht deutlich die Bedrohung der Exklusion der Mütter vom Arbeitsmarkt. Wir haben einen ganz hohen Anteil Alleinerziehender im Land Bremen, im Vergleich mit anderen Bundesländern übrigens einen überproportionalen Anteil. Das Thema würde ich gern Frau Schröder überlassen. Wir haben das Alleinernährer-Modell immer noch. Sie

kennen vielleicht alle PWE, die Perspektive Wiedereinstieg. Das ist ein Bundesprogramm, das wir nach Bremen geholt haben und ich hoffe ehrlich gesagt, dass wir das nächste Programm auch noch bekommen, aber da gibt es noch Finanzierungsprobleme. Diese Perspektive Wiedereinstieg bedient die Frauen, die über längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, und wenn wir dachten, je länger dieses Programm dauert, umso kürzer wird das Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit nach der Geburt von Kindern sein, dann ist das nicht der Fall. Wir liegen im Schnitt bei 10 Jahren Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, und Petra Krümpfer macht bei dieser Information genau das Gesicht, das ich auch gemacht habe!

Die Daten bei uns hier im Land Bremen sagen, dass der Schnitt 10 Jahre Ausscheiden ist, und das sind ja häufig Frauen, weil sie als Ehefrauen ausgeschieden sind, die dann auch keinen Anspruch haben auf Leistungen durch die Agenturen und so weiter, und da gibt es ein großes Problem. Ich möchte hier deutlich sagen: Es ist großartig, dass wir diese Frauen dort auffangen, und an der Stelle ist die Perspektive Wiedereinstieg der Bundesregierung richtig gut angelegtes Geld! Wenn wir unseren eigenen Teil dazu beitragen, ist das auch richtig gut angelegt, weil wir sie aus dieser Falle ein Stück herausholen. Das ganze Thema, das darin auch Platz hat, ist das der Kinderbetreuung. Ich glaube, das muss ich in diesem Zusammenhang nicht weiter erörtern, dass wir Betreuungsfragestellung natürlich haben.

5,7 Prozent aller Frauen ab 65 Jahren beziehen in Bremen Grundsicherung und die Tendenz steigt, bei den Männern sind es 3,9 Prozent. Das sieht jetzt noch so aus, dass sie sagen könnten, das ist ja irgendwie überschaubar, aber es wird eine der heftigsten Herausforderungen von morgen sein. Das ist dann das, was wir die Altersarmut nennen. Darüber gibt es genügend Daten, die uns das belegen. Die traditionelle Absicherung durch den Ehemann wird weniger und jede zweite Ehe wird in Bremen geschieden. Was wir aber an der Stelle noch einmal deutlich sagen müssen: Viele der jungen Mütter haben übrigens noch nicht verstanden, dass sich zum Beispiel schon im Jahr 2010 die Unterhaltsrechtsregelung geändert hat.

Die Meisten haben immer noch im Kopf, dass die Unterhaltsregelungen bis zum zwölften Lebensjahr des letztgeborenen Kindes gelten, aber das stimmt ja nicht, das ist ja schon lange - wie gesagt, seit dem Jahr 2010 - nicht mehr der Fall. Das ist aber

bei vielen Frauen überhaupt noch nicht angekommen und wenn sie merken, dass die Unterhaltsregelungen natürlich schon nach dem dritten Lebensjahr des jüngsten Kindes beendet sind, dann rutschen sie an der Stelle auch häufig in Hartz IV-Situationen.

Politisch sehen wir das Ehegattensplitting als Problematik an und auch, dass das Betreuungsgeld falsche Anreize setzt. Sie werden es verstehen, dass wir das so sehen. Wenn wir uns die Betriebsrenten anschauen - die sind ja übrigens durchaus rentensteigernd -, dann kommen sie Männern zugute, denn die Betriebsrenten gibt es fast ausschließlich im produzierenden Gewerbe, in welchem hauptsächlich Männer arbeiten - und übrigens auch langfristig beschäftigt sind - und von denen Frauen wenig partizipieren. Das heißt, die Absenkung der gesetzlichen Rente trifft auch mehr Frauen, weil sie nicht die Chance haben, diese Rentenabsenkung über andere Säulen auszugleichen. Wir finden bei Riester übrigens Daten, die zeigen, dass Frauen mehr riestern als Männer, jedoch mit sehr viel geringeren Beiträgen. Sie haben auch gar nicht viel mehr Geld und damit gar nicht die Möglichkeit, höhere Beiträge einzuzahlen.

Als eine Maßnahme gegen die Frauenarmut wünschen wir uns eine Angleichung an das duale System, denn Frauen durchlaufen diese typisch schulischen Ausbildungen, die wir manchmal Sackgassen-Ausbildung nennen. Das ist ein sehr scharfer Begriff für die Ausbildungen, bei denen man häufig merkt, dass sie eigentlich an einer bestimmten Ecke immer endet. Da wünschen wir uns eine Angleichung an das duale System. Das ist auf Bundesebene bei der Krankenpflege übrigens mit einem ziemlichen Kraftakt passiert, das wissen wir, und auch bei der Altenpflege mit bundesweiter Anerkennung passiert. Es ist ungünstig, dass wir diesen Markt der Zersplitterungen der Bundesländer bei den Anerkennungen haben, weil ansonsten auch Frauen nicht wechseln können, wenn sie die Möglichkeit eigentlich familiär hätten.

Die Sackgassen-Berufe mit niedrigem Qualifikationsniveau wollen wir nicht neu geschaffen sehen. Ich weiß sehr wohl, dass in der Bürgerschaft die Frage der Sozialassistenten sehr intensiv diskutiert worden ist. Wir haben dazu eine Haltung, wir sind gegen die Sozialassistentin, weil damit wieder ein Niveau mit niedrigerem Gehalt heruntergearbeitet wird. Wir wissen sehr genau, dass es eine Durchstiegsmöglichkeit ist,

an der Stelle also nicht falsch, aber wenn ein Ressort daran interessiert ist, die Zweitkräfte möglichst billig einzustellen, dann hat ein Ressort auch kein Interesse daran, dass die Frauen aus dieser Sozialassistenz herausgehen. Es gibt dort also einen Widerspruch in dem, was man eigentlich als Ziel hat. Individuell kann eine Frau dann weitergehen, ja, aber eigentlich, wenn das System das sein soll, dass die Erzieherin eine Stelle und die zweite Stelle die Billigkraft, dann muss man auch im Grunde dafür sorgen, dass sie möglichst nicht weitergehen, ansonsten funktioniert das System an der Stelle nicht.

Wir wollen, dass mehr Frauen in MINT-Berufe kommen und wir wollen Kinderbetreuung. Alle Mütter und Väter hier in dieser Runde wissen, was Ganztagschule manchmal in der Realität heißt. Ich glaube, dass wir da einen Ausbau absolut nötig haben. Wir müssen uns auch fragen, ob wir es gut finden, dass die Ganztagschule in Bremen übrigens nach acht Schuljahren aufhört, das heißt, wir können wir uns alle einmal vorstellen, wie jung die Jugendlichen dann sind. Wir wollen ganz sicher, dass Frauen auch stärker in MINT-Berufe gehen und haben durch das Girls-for-Technik-Projekt versucht herauszufinden, wo eigentlich die Schaltstellen seitens der Unternehmen sein müssen, dass nicht der Widerstand auch in den Unternehmen da ist. Das sind dadurch angemessenere Gehälter, die in diesen Bereichen bezahlt werden. Da kommen wir dann auch zu der Bezahlung von frauentypischen Berufen, dazu werden Sie aber etwas sagen, von daher gehe ich darauf nicht weiter ein.

An der Stelle möchte ich gern die Pflegebedarfe ansprechen: Der Anteil an älterer Bevölkerung nimmt perspektivisch mehr und mehr zu und zudem wünschen sich alte Menschen auch Pflege seitens der Familien. Anders ist das auch gar nicht bezahlbar und es ist auch gar nicht gewünscht. Die Frage ist nur: Wir haben jetzt das neue Familienpflegezeitgesetz und ich möchte auch durchaus sagen, dass es gute Ansätze hat: So z.B. die Lohnersatzleistung für die zehn Tage und die Möglichkeit, dass nicht nur die Ehefrau oder unmittelbar nächste Verwandte pflegen dürfen, sondern dass der Kreis vergrößert worden ist. Insofern gehen wir aber davon aus, dass die häusliche Pflege nicht nur rein weiblich bleibt, aber insofern versteckt sich auch darin ein Armutsrisiko: Wenn Frauen wieder für zwei Jahre aus dem Erwerbsleben herausgehen - denn das dürfen sie und das würden sie dann übrigens über ein Darlehen finanziert bekommen -, stellt sich uns die ehrliche Frage, welche Männer für zwei Jah-

re aus dem Erwerbsleben herausgehen. Sie haben dafür offensichtlich eine andere Motivation, oder es ist vielleicht auch ein schlechter bezahlter Beruf, und was bedeutet dies dann in der Folge? Es gibt im neuen Familienpflegezeitgesetz gute Ansätze, dies gilt aber nur in Betrieben mit über 25 Beschäftigten und die meisten Frauen sind in den Betrieben mit unter 25 Beschäftigten. Darin besteht also ein Problem, denn es sind sieben Millionen Beschäftigte, die genau in diese Betriebe mit unter 25 Beschäftigten eigentlich fallen, und das sind insbesondere Frauen.

Ich habe jetzt versucht Ihnen zu erläutern, welche Möglichkeiten wir auf Bundesebene sehen, das sind politisch hochbrisante Punkte, wie das Ehegattensplitting, das Betreuungsgeld, wir möchten, dass die geringfügige Beschäftigung reformiert wird, dass da ein Entgeltgleichheitsgesetz verabschiedet wird. In Bremen können wir übrigens merken, dass das gar nicht so viel Angst machen muss: Zwei Betriebe des Landes Bremen sind gerade aktuell in Berlin für das ausgezeichnet worden, wovon alle Angst haben, nämlich das EG-Checkverfahren - das Entgeltgleichheits-Checkverfahren - zu benutzen. Dies schaut nicht nur, wieviel Männer und Frauen in das Portemonnaie bekommen, sondern auch, was eigentlich vielleicht verschiedene tarifliche Einstufungen sind, die einen Geschlechter-Bezahlwert zeigt. Zwei Betriebe im Land Bremen waren so mutig und haben zeigen können, dass es bei ihnen relativ unproblematisch ist, und auch solche Erkenntnisse sind durchaus ja bedeutsam. Wir müssen aufpassen, dass sich das Niveau der staatlichen Rente nicht weiter senkt, sondern dass es eher verbessert wird und wir an der Stelle auch schauen, wie es sich auf Frauen auswirkt.

Lassen Sie mich mit einem letzten Satz noch einmal gerade auf Bremen zurückkommen! Ich komme gerade eben aus einem Jour Fixe mit dem Arbeitsressort. Wir haben in regelmäßigen Abständen mit den verschiedenen Ressorts Jours Fixes, und so ging es heute im Arbeitsressort, um die Maßnahmen, die wir im BAP haben, also was es im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm für die Frauen gibt, was geschieht eigentlich bei Wegfall der Frauenbeschäftigungsträger, wieso rutscht die Quote der Langzeitarbeitslosen die in Beschäftigung geraten, auf einmal herunter? Wir haben bisher keine Antworten dafür, das heißt, wir haben auch Hausaufgaben zu erledigen. Wir können also nicht immer nur schauen, wie das alles in Berlin zu lösen ist - viele der Punkte, die ich angesprochen habe, sind Berliner Punkte, sind Bundes-

punkte -, denn es gibt im Land Bremen durchaus eine Notwendigkeit, sehr genau auf das eigene Arbeitsmarktprogramm und übrigens auch auf die Wirtschaftsförderung zu schauen, was genau wir dort fördern. Wenn man sich zum Beispiel in der Wirtschaftsförderung dafür entscheidet, diese vier sehr männlich dominierten Cluster zu bedienen, dann es gibt dafür sehr gute Gründe. Das sage ich ganz bewusst, denn die Erfolgsgebiete der Wirtschaft sind eigentlich die in Luft- und Raumfahrtindustrie, die Automobilindustrie oder die Windkraft.

Das bedeutet dann aber automatisch, dass man schauen muss, was eigentlich mit den Frauen ist und wo sie arbeiten. Sie arbeiten im Dienstleistungsgewerbe, also in Hotels und Gaststätten, im Einzelhandel, in Gesundheitsberufen - leider ist die Gesundheitswirtschaft herausgerutscht, ja! -, und das sollte meiner Meinung nach ziemlich kritisch betrachtet werden. Wenn ich mir das anschau, dann heißt es auch, dass wir noch einmal überlegen und Verbünde schaffen müssen, um Arbeitssicherung so zu gestalten, dass die Frauen nicht ständig in die ungeschützte Beschäftigung abgleiten, welche wir hier im Land Bremen überproportional in der Form von eher befristeten und 450-Euro-Jobs haben. - Vielen Dank!

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Hauffe, der Dank richtet sich an Sie, ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! Wir haben es - und das habe ich eingangs wieder einmal nicht gesagt - in der Vergangenheit es zumindest im Grundsatz so gehalten, dass wir nach den einzelnen Vorträgen eher sachliche oder nachfragende Stellungnahmen gestatten und aufrufen, und dass wir uns dann bemühen, im Anschluss an alle Ausführungen eine eher offene Runde zu machen. Das ist nicht immer in Reinkultur gelungen, das hatte mit der Zeit zu tun und das hat auch damit zu tun, dass man manche Frage möglicherweise auch gar nicht nur sachlich stellen kann, sondern dass sich dann selten sozusagen eine Kommentierung mit hineinschleicht.

Ich habe auch eine Frage und eine kommentierende Anmerkung. Die erste Frage bezieht sich auf Ihre erste Folie: Habe ich es richtig wahrgenommen, dass sich - obwohl die Arbeitslosigkeit sich insgesamt reduziert hat - die Quote der Armut von Frauen gegenteilig entwickelt, also gesteigert hat? Umgekehrt formuliert: Müssen wir angesichts dieser gegenläufigen Entwicklung sagen, dass sich möglicherweise durch

die Reduzierung von Arbeitslosigkeit die Armut nicht, oder nur eingeschränkt, bekämpfen lässt, insbesondere die Armut bei Frauen?

Frau Hauffe: Ich danke Ihnen sehr für diese Frage, denn wir wissen ja alle - und das bekommen wir auch immer als Überbegriff gesagt -, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt. Diese steigt, wenn wir die Köpfe zählen, wenn wir also sagen, wie viele Frauen arbeiten. Sie sinkt aber von Jahr zu Jahr, wenn wir auf das Arbeitsvolumen schauen. Sie haben also im Grunde genommen eben schon die Antwort in ihrer Frage gehabt: Wenn wir die Erwerbsbeteiligung als Volumen nehmen - das heißt, welche Anteile an Arbeitszeit Frauen haben oder investieren dürfen -, dann sinkt sie. Es gibt immer mehr Teilzeitbeschäftigung, aber die Erwerbsbeteiligung von Frauen im Volumen sinkt, steigt aber in der Anzahl. Damit haben Sie natürlich einen der Punkte des großen Problems benannt, einem niedrigen Einkommen folgt damit dann auch eine niedrige Rente.

Ich habe es eben schon angedeutet, es gibt Bereiche wie das Hotel- und Gaststättengewerbe oder den Einzelhandel - man könnte da auch noch an andere Bereiche angeben, aber diese sind immer so gesichert - und das wissen wir sehr genau, dass dort die Frauen von unbefristeter Beschäftigung in einem Stundenanteil X auf 450 Euro Jobs umgewidmet worden sind. Sie können sich das am System Karstadt anschauen, das ist auch interessant, also wenn man sich das einmal ganz real anschaut. Es gibt ja kaum noch Frauen, die bei Karstadt beschäftigt sind, ein großer Teil von ihnen ist mittlerweile in ausgegliederten Branchen beschäftigt. Das heißt, die Drogerieverkäuferin ist nur für die Aufgabe eingestellt, dass sie Jil Sander Parfüm verkauft und sie verdient nur etwas, wenn dieses Parfüm verkauft, davon bekommt sie dann einen kleinen Anteil. Das gab es vorher nicht, sondern die Frauen waren bei Karstadt als Drogeriefachverkäuferinnen mit einem Stundenkontingent von 20 oder 30 Stunden beschäftigt. In der Zwischenzeit sind sie dort zu Kleinunternehmerinnen geworden, die im Grunde genommen nur das Produkt verkaufen können, für welches sie dort stehen.

Das gab es bisher nur für den Drogeriebereich, aber das gibt es jetzt bei den ganzen anderen Abteilungen auch. Sie merken es im Bereich der Bekleidung, dort sind die Flure nach Marken aufgeteilt und das ist nicht aus dem Grund, weil Sie eine be-

stimmte Marke besonders gern mögen und wissen, dass Sie bei Karstadt gezielt in den zweiten Stock gehen müssen und hinten links Ihre Marke finden. Die Idee dahinter ist, dass die Verkäuferin oder der Verkäufer, der dort ist, letztendlich auch nur für das bezahlt wird, was dort verkauft. Das heißt, es gibt richtige Umwidmungen von Arbeitsverträgen, das sind dann keine mehr.

Abg. Dr. vom Bruch: Ich stelle meine andere Fragen einmal zurück und schaue einmal in die Runde, es ist ein bisschen schwierig für mich nun eine Reihenfolge festzulegen. Vielleicht darf ich Sie einfach von mir aus gesehen rechts beginnend der Reihe nach zu Wort bitten, nicht, dass Sie mir böse sind! Frau Mohammadzadeh hat sich gemeldet, Herr Güldner, Frau Kollegin Grönert, dass Sie diese drei Fragefelder aufnehmen und Sie dann im Anschluss noch einmal die Gelegenheit bekommen! Frau Mohammadzadeh, bitte!

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh: Vielen Dank! Liebe Frau Hauffe, ich habe drei Fragen, oder drei Anmerkungen, vielleicht können Sie auf diese eingehen! Erstens: Sie haben in einem kurzen Satz gesagt, dass viele Migrantinnen keine Berufabschlüsse, beziehungsweise Schulabschlüsse, haben. Es ist ja bekannt, dass wir bis zum Jahr 2012 kein Bundesgesetz hatten und auch seit dem Jahr 2013 haben wir in Bremen ein Gesetz, das heißt, viele, die einen Berufsabschluss haben oder Ausbildungsabschluss, tauchen in der Statistik als „ohne Abschluss“ auf. Darunter sind viele Migranten, daher finde ich es wichtig, dass das korrigiert wird.

Der zweite Punkt betrifft die 65plus-Frauen, wir haben ja auch viele Ältere. Können Sie sagen, wie groß ist der Anteil der Migrantinnen ist, wegen fehlender versicherungspflichtiger Arbeit. Man weiß, dass gerade bei der Gruppe eine große Diskrepanz zu deutschen Frauen herrscht.

Die dritte Frage! Ich fand es wichtig, auch im Bereich der Migration, dass Kinderarmut auch mit der Elternarmut, beziehungsweise mit der Frauen- oder Mutterarmut - zu tun hat. Unser Fokus ist in der Familienpolitik in Deutschland ja sehr stark an Familien mit einem oder zwei Kindern orientiert. Vielleicht können Sie uns auch hier dazu einige Ausführungen machen. Es gab ja aktuell auch Kritik an der deutschen Familienpolitik, dass man Politik für Familien mit mehr Kindern betreiben soll, und in

dem Zusammenhang kommen dann die migrantischen Gruppen in den Fokus. Gerade die Gruppe ist ja davon betroffen, natürlich auch im Zusammenhang mit Alleinerziehenden, das ist ja auch eine große Gruppe. - Danke!

Abg. Dr. vom Bruch: Vielleicht sammeln wir zunächst einmal! Herr Dr. Güldner!

Abg. Dr. Güldner: Das eine war sozusagen nur ein Faktencheck. Sie haben die Altersarmut von Frauen in Bremen mit 25 Prozent beziffert, in der Präsentation standen 66 von 1 000, was 6,6 Prozent wären. Einfach nur einmal zur Klarstellung, weil vielleicht irgendwie eine Zeile verrutscht ist. Es wäre jedenfalls doch ein erheblicher Unterschied, dass man die ungefähren Dimensionen richtig hat, worüber man gerade bei dem wichtigen Thema spricht.

Der zweite Punkt: Was, glaube ich, wirklich auch einer von den wenigen intensiven Streitpunkten ist, ist der Umgang mit der Sozialassistenz und die verschiedenen Ausbildungsberufe. Man kann doch auch die Sichtweise haben, dass man so ein System als Aufstiegsmodell und Durchlauferhitzer hat, und da sagten Sie, gut, dann versucht die Behörde bestimmt zu verhindern, dass sie aufsteigen, weil sie sie ja noch brauchen, aber es kommen ja noch Menschen nach. Die Logik, das müssten Sie noch einmal sagen, ist: Es werden neue Menschen ausgebildet, die einen steigen auf, die anderen kommen nach, und das ist ja im Idealfall ein rollierendes System. Es ist in der Praxis nicht ideal, aber es ist so gedacht, von daher entsteht auch nicht die Situation, dass man sie dort in diesen Billigjobs halten muss, um sie möglichst kostengünstig zu beschäftigen, sondern man muss doch im Grunde genommen froh sein - so habe ich das immer gesehen! -, dass sie sich dann weiterqualifizieren, aufsteigen und man damit dann einen Einstieg hat. Die große Gefahr dabei ist doch - und ich wollte noch einmal nachfragen, warum Sie diese nicht sehen -, dass wir diese, die dafür qualifiziert sind, dann über diese Einstiegsausbildungsgänge hereinkommen, ansonsten vom System gar nicht erst erfasst werden, und dann bleiben sie auf ewig außen vor. Den Punkt, finde ich, könnten wir gleich noch einmal vertiefen!

Abg. Dr. vom Bruch: Zunächst wäre nun Frau Grönert einmal an der Reihe.

Abg. Frau Grönert: Vielen Dank! Ich konnte dem Vortrag gut folgen, und gerade mit dem Ansatz, Frauen und Armut und mit Blick auf Finanzen war das durchaus gut nachzuvollziehen. Mir ist trotzdem insofern ein Haken an der Sache aufgefallen, dass wir ja auch immer wieder von Quartiers- und Sozialraumentwicklung reden, dass einer nach dem anderen schaut und man füreinander sorgt, all diese ganzen Punkte. Gibt es denn aus Ihrer Sicht kein Modell, das Sie in den Raum stellen könnten, welches für finanzielle Ausstattungen aller, also auch der Frauen, sorgt und gleichzeitig trotzdem dafür sorgt, dass auch alle ein bisschen mehr Zeit füreinander haben, so dass sich die Quartiere gut entwickeln können? Oder geht das wirklich nur, indem alle ganztags arbeiten und das füreinander Sorgen alles nur in professionelle Hände gegeben wird?

Abg. Dr. vom Bruch: Dann würde ich jetzt Ihnen das Wort geben!

Frau Hauffe: Ich versuche jetzt alles, was Sie mir aufgetragen haben, kurz zu beantworten! Frau Mohammadzadeh hatte das Thema mit dem Ausbildungsabschluss angebracht und dass die Zahlen natürlich nicht in die Zahlenkataloge mit eingehen, wenn Frauen einen nicht anerkannten Berufsabschluss haben. Ich drehe es nun einmal anders herum in das Positive: Wir machen in der Hinsicht im Moment sehr gute Erfahrungen im Land Bremen, übrigens auch mit der Beratung, die die FAB - Frauen in Arbeit und Wirtschaft - macht. Das ist ein Träger, dem es offensichtlich exzellent gelingt - alle sagen exzellent, nicht irgendwie gut! -, dass Frauen mit Migrationshintergrund, die aus anderen Ländern kommen und, wie Frau Mohammadzadeh sagte, durchaus aus hochwertige Abschlüsse haben, beraten werden, durch welche Anschlüsse oder Module sie eventuell dann zu einem anerkannten Berufsabschluss gelangen. Das wird ganz spezialisiert von Frauen in Arbeit und Wirtschaft gemacht, und das finde ich an der Stelle einen ganz wichtigen Punkt. Ich nutze quasi den ersten Spiegelstrich, um das zu sagen!

Dann zu der Frage zu den 65plus-Frauen. Ich habe jetzt die Zahlen nicht hier, ich kann Ihnen die Antwort jetzt nicht geben, ich würde Sie nachliefern müssen.

Die Frage mit der Mehr-Kinder-Politik und Familien mit Ein-bis-Zwei-Kindern in Deutschland: Die Idee war ja immer wieder - egal übrigens unter welcher Regierung - , dass, wenn man familienunterstützende Leistungen in Bezug auf Individualleistun-

gen macht, es im Grunde dann helfen würde, mehr Kinder groß werden zu lassen. Da wird auch international darauf hingewiesen, dass das überhaupt nicht stimmt und wir vertreten sehr deutlich die Auffassung, dass das viele Geld, das in das Kindergeld, also in die individualisierte Unterstützung, geht, eigentlich ein falsch gesetztes Ziel hat. Wenn dieses Geld in der Summe stattdessen in unsere Infrastrukturen fließen würde, dann würden wir uns hier nicht mehr darüber unterhalten müssen, dass wir flexiblere Kinderbetreuung im Kindergarten, den Kitas und in den Krippen brauchen. Wenn es nach mir ginge, würde das Geld jedenfalls auch in eine gesichere Ganztagschule fließen, die aus meiner Sicht auch bitteschön in der neunten und zehnten Klasse stattfindet. Ich finde nämlich nicht, dass ein Dreizehn- oder Vierzehnjähriger einfach auf die Straße gehört, aber er hat keine Lust mehr in der Mensa zu essen. Das war jetzt an der Stelle ein politisches Statement!

Abg. Dr. vom Bruch: Das stimmt!

Frau Hauffe: Das steht mir zu, das finde ich auch. Als Stichpunkt für das Thema Altersarmut habe ich hier stehen, dass 66 von 1000 Frauen über 65 Jahren in Bremen Grundsicherung im Alter beziehen, und dort steigt die Tendenz. Wir haben in Bremen im bundesweiten Vergleich den zweithöchsten Wert.

Abg. Dr. Güldner: Das sind also 6,6 Prozent, wenn ich das richtig sehe.

Frau Hauffe: Ja, richtig! 66 von 1000 Frauen, und wir haben den zweithöchsten Wert, das ist an der Stelle vielleicht noch einmal ganz wichtig.

Ich finde selbstverständlich, dass man bei der zweijährigen Ausbildung unterschiedliche Haltungen zu haben kann. Was Herr Dr. Güldner dazu gesagt hat, ich finde auch, dass man das so denken kann. Das kann er ja auch sagen, aber es gibt auch durchaus Gründe, weshalb sich die Arbeitnehmerkammer, der DGB und andere Institutionen zusammengetan haben und einmal aufgeschrieben haben, warum eine zweijährige Ausbildung auch problematisch sein kann. Das war auch nicht nur einfach einmal so aus der Hüfte gedacht. Ein Punkt ist zum Beispiel, dass, wenn man bestimmte Ausbildungen oder Teilausbildungen macht, man für die nächste Stufe übrigens gar kein Bafög mehr erhält. All solche Dinge! Es gibt ehrlich gesagt sehr viel

Problematisches im Detail und was auch noch nicht gelöst ist, neben dem, dass die Anerkennung in anderen Bundesländern nicht vorhanden ist.

Ich habe das ehrlich gesagt auch damals unserem Bürgermeister gesagt. Wenn wir uns, was die Erzieherinnen betrifft, anschauen, was in der Bundesrepublik geschieht, dann geschieht nämlich etwas anderes. Lassen Sie mich den militaristischen Begriff verwenden: Dann rüsten die anderen Bundesländer auf! Nehmen Sie Baden-Württemberg als Beispiel! Dort beginnen sie eine Dualisierung der Erzieherinnen-Ausbildung, sie haben jetzt noch zusätzliche Qualifizierungen für Frühpädagogik draufgesetzt, ebenso haben sie mehr Geld investiert, das heißt, die Erzieherinnen verdienen mehr. Sie wollen die Erzieherinnen nämlich in Baden-Württemberg haben und haben eine Offensive gestartet.

Das gleiche gilt für Bayern übrigens auch. Sie betreiben zwar keine Dualisierung, aber dort geht es nach oben, und international sowieso. Man findet nicht, dass ein Lehrer oder eine Lehrerin in der Grundschule eine andere Qualifikation benötigt als eine Erzieherin oder ein Erzieher. Das ist schon etwas, worüber man einmal öffentlich nachdenken könnte: Je kleiner die Kinder, desto niedriger die Qualifikation, darüber möchte ich ehrlich gesagt einmal nachdenken.

Ich weiß, dass hier viele sitzen und auch so denken! -, dass auch die Menschen, die einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss haben, eine Chance haben müssen, ja! Aber interessant ist es natürlich, wo man ihnen eine Chance gibt. Wo gibt man sie ihnen? Immer gerade dort, wo es vielleicht ein typischer Frauenberuf ist, der eigentlich sowieso schon niedrig dotiert ist. Wenn wir übrigens glauben, dass genau diejenigen die Sozialassistenzausbildung gehen, dann schauen Sie sich noch einmal an, wer diese macht: Das sind Auszubildende mit Realabschluss zum Beispiel, sie haben ganz andere Abschlüsse. Ich muss mich doch sehr wundern, denn sie hätten doch ganz woanders einsteigen können. Gerade, wenn Abiturienten diese Ausbildung machen, fange ich an mich zu wundern!

Ich möchte aber nur noch einmal sagen, dass es ein sehr vielschichtiges Thema ist, was wir im Detail auch gern anschauen und ich kann auch alle Argumente verstehen! Irgendwann muss man sich fragen, welche von ihnen wichtiger sind. Wir aus der

Frauenpolitik haben vielleicht ein etwas anderes Gewicht in dieser Hinsicht. Hilft das dem Verständnis?

Die Frage von Frau Grönert zu der Sozialraumentwicklung, ob alle erwerbstätig sein müssen und ob alles Handeln am Menschen professionalisiert sein muss, ist sehr gefährlich! Es geht dabei um alte Menschen, um Pflege- und Hilfsbedürftigkeit im Quartier und so weiter, und warum ist diese Frage gefährlich? Sie ist deswegen gefährlich, weil man darüber ein ganz neues Politikbild aufbauen kann, was ich sehr gern tue, Frau Grönert, das kann ich Ihnen sagen! Ich finde nämlich nicht, dass alles bezahlt sein muss und dass alles nur professionalisiert sein muss! Das muss es nicht! Nicht, wenn es darum geht, für die Nachbarin einkaufen zu gehen, dann muss das nicht sein.

Nur: Das, was wir haben, und das System, in dem wir seit Bismarck leben, ist das sogenannte Ein-Säulen-System. Das heißt, hier gibt es eine Säule, die heißt Erwerbsarbeit, und auf der ist ein Dach. Dieses Dach heißt Alterssicherung, die Rente. Ich finde die Vorstellung ganz schön wackelig, dass es eine Säule gibt und darauf ein Dach ist. Ehrlicherweise haben wir nach meiner Vorstellung drei Säulen, die diese Rente bedienen. Die eine Säule ist die Erwerbsarbeit, die anderen Säulen bestehen alle aus geleisteter Familienarbeit, und zwar nicht mit ein paar mickrigen Punkten, die einem zustehen, weil man Kinder bekommen hat, sondern dass das richtig als eine Familienarbeit klassifiziert wird. Die dritte Säule besteht dann übrigens in Bezug auf Hilfe, bürgerschaftliches Engagement und sonst etwas.

Das mag Ihnen jetzt alles ganz kühn klingen und das ist es auch, weil sich kein Politiker und keine Politikerin trauen, in vier Jahresrhythmen über solche Systemänderungen nachzudenken! Ich persönlich glaube, dass sie total wichtig sind, auch in der Geschlechterfrage.

Es ist jetzt so, dass wir Frauen einen Nachteil davon haben, dass die eine Säule quasi die Rente bedient. Wenn aber alle drei Säulen die Rente bedienen, dann müssen auch alle Menschen - Männer wie Frauen - diese zwei anderen Säulen mitbedienen, ansonsten bekämen Männer Abschläge in der Rente, so wie wir Frauen Abschläge in der Rente haben. Wenn Sie dann fragen sollten, wie das ginge: Ja, es ginge! Es gibt dafür volkswirtschaftliche Modelle, darüber ist schon einmal nachge-

dacht worden, es ist schon einmal für die Schweiz berechnet worden. Es geht übrigens mit der Minderung der Erwerbs-Arbeitszeit einher, das ist auch ein hochaktuelles Thema!

Es ist ja auch nicht gesetzlich festgelegt, dass wir alle so und so lange pro Woche im Leben arbeiten müssen, sondern die Frage lautet: Wie bekommt man ein System der verschiedenen Arbeiten gesellschaftlich so organisiert, dass es zur Menschlichkeit in einer Gesellschaft massiv beiträgt und gleichzeitig aber auch die Sicherung bedeutet? Es gibt einige, die sagen, dass man lieber über die Grundsicherung reden sollte und andere reden über andere Dinge. Ich finde immer wieder, dass wir einmal genau darüber nachdenken sollten, was Sie sagten: Sozialraumentwicklung und wie kann diese gelebt werden, wie funktioniert das? Ich glaube, das müssten wir in größeren Dimensionen denken.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank! Eine Bemerkung würde ich mir erlauben: Die Frage nach der Qualifikation derjenigen, die im frühkindlichen Betreuungsbereich in der Kita tätig sind, das ist übrigens nach meiner festen Überzeugung nicht nur eine frauenpolitische, sondern auch zunehmend eine bildungspolitische Frage. Denn ich glaube, dass wir hier in unterschiedlichen Zusammenhängen festgestellt haben, dass an der Stelle möglicherweise ein Schlüssel - auch in Bezug auf die Armutsbekämpfung - liegt, den wir möglicherweise bislang nicht ausreichend in den Fokus genommen haben. Das hat möglicherweise auch mit der Bewertung dieses Bereichs in der Vergangenheit zu tun, was wir unter dem Stichwort Betreuung verstehen und wir es zu wenig in dem Bereich Bildung gesehen haben. Deshalb glaube ich, dass ein Impuls dieses Ausschusses auch einvernehmlich sein wird und dass dieser Bereich auch unter diesem Stichwort zu stärken ist. Ich freue mich und teile die Auffassung, dass es auch unter frauenpolitischen Gesichtspunkten eine entsprechende Bewertung findet. Diese Bemerkung konnte ich mir nicht ganz verkneifen!

Jetzt habe ich noch eine zweite Runde, bei der wir versuchen sollten, sie zeitlich schlanker zu halten, denn ein Blick auf die Uhr treibt mir schon wieder die Schweißperlen auf die Stirn. Ich habe jetzt in dieser Reihenfolge - ich weiß nicht, ob sie richtig ist - Frau Krümpfer, Frau Kappert-Gonthier, Herrn Möhle, Frau Bernhard und Frau Bösch auf der Liste.

Abg. Frau Krümpfer: Ich möchte es jetzt auch gar nicht lang ausführen. Ich würde mich, gerade zu dem Bereich Sozialwirtschaft - also den ganzen Bereich, den wir eben benannt haben: Sozialassistenten, Erzieher, alle Sozialpädagogen, all diese Berufe, die in diesen Bereichen sind -, gern noch einmal an anderer Stelle, gern auch mit weiteren Fachleuten, austauschen. Ich sehe es auch so, dass gerade der Bereich der frühkindlichen Bildung auch als Bildung betrachtet werden muss. Wenn wir gesellschaftlich bei uns einmal etwas verändern wollen, dann können wir das auch nicht allein in Bremen, sondern dann muss man das in der ganzen Republik machen. Das muss anders gedacht werden, dass im Prinzip die Besten für die Jüngsten qualifiziert werden und nicht umgekehrt, die Besten für die Professoren oder wie auch immer. Das macht natürlich auch die Bezahlung aus, insbesondere, wenn man sich andere europäische Länder ansieht, dann weiß man, dass sie andere Wege gehen. Das ist der eine Bereich.

Der andere Bereich ist, dass ich auch nach wie vor davon überzeugt bin, dass es keine Kinderarmut, sondern Familien- oder Frauenarmut ist, das sehe ich auch so, und dass wir das auch eben nur durch bessere Beschäftigung angehen können, vor allem durch Vollbeschäftigung und nicht durch Teilzeitbeschäftigung.

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Kollegin Kappert-Gonther ist gerade nicht im Raum, dann hätte ich nun Herrn Möhle anzubieten!

Abg. Möhle: Ich mache jetzt seit 15 Jahren in der Bürgerschaft in den verschiedensten Feldern Politik, und es ist jetzt nicht so, dass ich das, was Sie beschrieben haben, in der Analyse überraschend neu finde! Das Problem ist, dass mir langsam keine politische Strategie mehr ein, die in diesem System bleibt, das ist für mich ein bisschen das Problem an der ganzen Diskussion. Wir diskutieren an allen Ecken und Enden, dass wir sagen, wir wollen die Armut bekämpfen, aber was passiert konkret? Arm und Reich driften immer weiter auseinander, das konnte man erst gestern wieder in den Nachrichten hören. Es ist eigentlich ein völlig gegenläufiger Trend und dann frage ich mich als kleiner Abgeordneter in diesem Hohen Haus: Von welchen Stellschrauben kann man denn tatsächlich von Bremen aus etwas bewegen? Ich bin mir nicht mehr sicher, ob es diese Kleinteiligkeit sein kann, wo man dann sozusagen

Bremer Chancen hat. Ich möchte nicht sagen, dass man es nicht probieren soll, aber ob das wirklich systematisch etwas verändert hat, daran habe ich ehrlich gesagt langsam den einen oder anderen Zweifel bekommen. Vieles von dem, was Sie sagen, könnte ich alles so unterschreiben, es ist aber für uns auf der Bundesebene nicht wirklich handelbar. Wissen Sie, wie ich das meine?

Frau Hauffe: Ich weiß genau, wie Sie das meinen!

Abg. Dr. vom Bruch: Trotzdem ist das eine wichtige Frage: Was können wir eigentlich in Bremen bewegen? Um eine kleine Bemerkung dazwischen zu schieben, Herr Kollege Möhle! Für mich war es nicht nur überraschend, dass sich so vieles nicht verändert hat, sondern auch, dass Sie an irgendeiner Stelle gesagt haben, in Bezug auf die Ausrichtung von Schülerinnen in Bezug auf MINT-Fächer habe sich offensichtlich nicht so wesentlich etwas verändert. Es überrascht mich deshalb, weil ich es in meinem Umfeld und nach dem, was ich wahrnehme, anders wahrnehme, deshalb hab ich geglaubt, dass sich mindestens das Eine oder Andere diesbezüglich doch anfängt zu verändern, aber ich lasse mich gern eines Besseren belehren. - Frau Bernhard!

Abg. Frau Bernhard: Nur ein kurzer Satz zu den ganzen Ausführungen! Ich finde, wir haben hier durchaus eindruckliche Möglichkeiten, Frau Hauffe hat sie auch angesprochen, auch wo landespolitische Fehlentscheidungen getroffen worden sind, ich möchte jetzt gar nicht weiter darauf eingehen, ob es nun den Arbeitsmarkt oder die Ausbildung anbelangt. Aber es gibt eine ganze Menge an Entscheidungen, bei dem ich sagen würde, dass wir es landespolitisch deutlich anders machen könnten. Das BAP ist nur ein Stichwort.

Eine Frage habe ich, weil das Kindergeld vorhin ja angesprochen wurde, von wegen Umverteilung und dann sei alles viel besser: Sind Sie denn wirklich der Ansicht? Das würde aber doch wahrscheinlich nichts an dem gender-pay-gap und der, wie soll ich es sagen, Geschlechtergerechtigkeit ändern, denn dann würde ja praktisch „nur“ die Kinderbetreuung geregelt sein. Die tatsächliche Geschlechterunterschiedlichkeit würde es aber noch nicht ändern.

Meine dritte Frage ist noch einmal zu einer Zahl: Sie haben vorhin diese 6,6 Prozent erwähnt. Diese Frage hätte ich auch gehabt, ich habe leider nicht mehr mitbekommen, was Sie zu der Männerquote gesagt haben

Frau Hauffe: Das waren 3,9 Prozent.

Abg. Frau Bernhard: 3,9 Prozent? Danke, das wollte ich noch einmal wissen.

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Kollegin Kappert-Gonther, Sie sind jetzt wieder hier und deswegen sind Sie nun an der Reihe!

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther: Eine Frage beziehungsweise eine Anmerkung zur zweijährigen generalistischen Kranken- und Altenpflege, Ausbildungshelferin: Unsere Überlegung dazu waren - und das wissen Sie ja auch und zeigt ja auch die Auswahl, dass es überwiegend Frauen sind, die sonst SGB II gefördert waren, die sich dort in Berufsausbildungen finden und dann die Hoffnung haben, dass, wenn sie sich qualifizieren, über die Durchlässigkeit Aufstiegsmöglichkeiten haben. Das ist ja eine Argumentation, die zumindest auch eine Relevanz hat, das wollte ich an der Stelle einfach sagen.

Das andere war, angeregt durch die Frage von Frau Grönert, wie man denn die Pflege- und Fürsorgebedarfen in den Familien regeln könnte. Da würde ich gern wissen, was Sie von der Vorstellung halten, dass es um die Familienarbeitszeit geht. Dass es nicht darum gehen kann, dass Männer ständig vollzeitig arbeiten und Frauen die ganze Fürsorgearbeit leisten. Man muss sich überlegen, wieviel Familienstunden sich ein Paar mit Kindern, Eltern und so weiter leisten kann, und dass es dort dann natürlich auch einen gewissen Ausgleich zwischen den Geschlechtern geben sollte.

Abg. Dr. vom Bruch: Last but not least Frau Kollegin Böschen!

Abg. Frau Böschen: Zunächst möchte ich an uns appellieren und daran erinnern, dass der Vorsitzende Herr Dr. vom Bruch erläutert hat, dass wir lediglich sachliche Nachfragen stellen sollen, und ich möchte mit Blick auf die Uhr einfach nur einmal deutlich machen, dass wir drei Referentinnen haben und anschließend in eine Dis-

kussion eintreten wollen! Ich nehme es für mich jetzt aber auch in Anspruch, dass ich einfach einmal ein Statement abgebe und hier meine Haltung zu bestimmten Dinge sage, obwohl mein Verständnis von solch einer Sitzung eigentlich die ist, dass wir den Referentinnen erst einmal die Gelegenheit geben, darzustellen und wir dann gemeinsam in eine Diskussion kommen.

Frau Hauffe, es ist Ihnen klar, auch mich hat die zweijährige Berufsausbildung natürlich gereizt und gehe davon aus mit Ihnen im selben Boot zu sitzen wenn ich sage, dass das überhaupt kein Königsweg ist! Trotzdem muss man ja auch zur Kenntnis nehmen - Professor Spöttel hat es in einer unserer Veranstaltungen letzte Woche erst wieder dargelegt -, dass die zweijährige Berufsausbildung - und die gibt es ja durchaus auch dual, es gibt sie nicht ausschließlich im schulischen Bereich und sie ist auch nicht ausschließlich landesgesetzlich, sondern bundesgesetzlich geregelt - ein Einstieg für viele Jugendliche ist, die eben nicht so einfach in die drei- oder dreieinhalbjährige Ausbildung kommen. Sie gibt also gerade den Benachteiligten hier einen Weg, erst einmal den Einstieg zu schaffen.

Interessanterweise stellt sich dann aber auch heraus, dass eigentlich diejenigen, die in so einer Ausbildung sind, von den Ausbildern oder den Lehrkräften eigentlich so eingeschätzt werden, dass sie eigentlich auch die dreieinhalbjährige Ausbildung hätten durchlaufen können, sie also durchaus das Potenzial hatten, daher auch durchaus die Kritik an diesem System. Aber dann auch eine etwas andere Sichtweise: Wenn wir uns die schulischen Ausbildungen anschauen, dann finde ich, dass wir doch gerade in Bremen sagen müssen: Das, was wir hier hatten, - und jetzt nehme ich tatsächlich einmal die Sozialassistentin, die eben der Weg zur Erzieherin ist, mit den Zugangsvoraussetzung der Fachhochschulreife oder eben einer Berufsausbildung- das ist hier die Berufsausbildung. Das bedeutet, dass junge Menschen, die eben nicht über den allgemeinen bildenden Bereich in diese Berufsausbildung kommen, eine andere Chance haben. Das, was vor der Sozialassistentin war, war eine Vorklasse. Das heißt, wir haben hier eine deutliche Zunahme an Qualifikationsanforderungen und keine Dequalifizierung, das ist zumindest meine Haltung.

Bei der generalistischen Alten- und Pflegeausbildung haben wir eine Situation, dass es gerade im Altenpflegebereich sechswöchige und einjährige Ausbildungen gibt,

und mit der zweijährigen Ausbildung - wenn wir sie denn flächendeckend hätten - durchaus einen Anstieg der Qualifikation verbunden wäre. Trotzdem gebe ich uneingeschränkt Recht, dass es besser wäre, wenn alle diese Menschen in eine dreieinhalbjährige Ausbildung gingen, und damit deutlich bessere Perspektiven in ihrer Erwerbssicherung hätten.

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Kollegin Böschen, Sie haben Recht in der einen Bemerkung, und, wie ich finde, Unrecht in der Anderen. Wir haben tatsächlich Anlass dazu, auf die Uhr zu schauen, wir haben allerdings bei den sogenannten Fragen auch in der Vergangenheit immer in Kauf genommen, dass sie möglicherweise mit einer kommentierenden Bemerkung verbunden worden sind. Insofern bitte ich, es jetzt nicht zu eng zu sehen!

Frau Hauffe, Sie haben jetzt die Gelegenheit, zusammenfassen zu diesen Fragen Stellung zu beziehen!

Frau Hauffe: Ich wollte gerade ein Stück weit die Schuld dafür auf mich nehmen, denn ich mache das gern an Stellen, bei denen ich finde, dass ich auch mitschuldig bin, weil ich ja auch nicht nur immer sachlich geantwortet habe, sondern habe vielleicht auch den einen oder anderen mit politischen Aussagen provoziert, das mache ich dann auch gern und bekomme jetzt von Vorsitzenden noch nicht einmal eine Rüge.

Frau Krümpfer, mit der Sozialwirtschaft, das finde ich sehr richtig und Gesundheitswirtschaft an der Stelle wäre ein weiteres, was wir da auch noch nennen sollten. Die Frage von Möhle bezüglich der Stellschrauben in Bremen: Ich meine auch, dass ich eine ganze Menge genannt hätte, aber ich habe zum Beispiel das Thema Mindestlohn nicht genannt, um zu zeigen, dass es überproportional Frauen zugutekommt. Das hat eine Logik in dem, was ich vorher gesagt habe, aber ich habe es nicht explizit gesagt, dass diese Entscheidung, in Bremen den Mindestlohn einzuführen, wirklich zugunsten von Frauen ausgefällt. Das ist natürlich auch eine Bremer Entscheidung gewesen.

Woran ich häufiger Kritik übe, ist die die Projektitis, welche ein wenig durch unsere Notwendigkeit, Drittmittel einzuwerben - ob das Bundes-Mittel oder Europa-Mittel sind -, zustande kommt. Es werden dann Projekte entwickelt, der Träger, der das dann bekommt, entwickelt auch eine Kompetenz, und dann ist das eine oder zweite Jahr vorbei und dann ist das Projekt weg. Das heißt, wir bauen dauernd an irgendwelchen Projekten, die zum Teil in den Ergebnissen ausgesprochen interessant und gut sind und Dingen liefern, die uns im Hinblick auf den Arbeitsmarkt eigentlich helfen könnten, wenn wir sie kontinuierlicher machen würden!

Die Perspektive Wiedereinstieg, die ich vorhin erwähnte, ist ein ganz gutes Beispiel: Wenn wir es geschafft haben, innerhalb von vier Jahren an diese Zielgruppe heranzukommen, die im Schnitt zehn Jahre nicht im Erwerbsleben waren, und sie dorthin zu bringen, dass sie nun z.B. Umschulen machen, um ihre Alterssicherung etwas aufzubauen, dann wäre es ein Fehler, das, was wir jetzt quasi aufgebaut haben, zu stoppen und uns jetzt vielleicht nicht an der nächsten Tranche zu beteiligen, weil - das muss ich auch ehrlicherweise hier in der Runde sagen - wir da noch ein Gegenfinanzierungsproblem haben. Ich könnte jetzt eine Fülle von Spiegelstrichen Herrn Möhle sagen, wo dauernd etwas für einen kurzen Zeitraum gemacht haben, es dann aber nicht in eine Kontinuität geführt wird.

Ich habe noch einmal ein ganz anderes Beispiel wegen Ihrer Intervention, Herr von Bruch, in Bezug auf die Technik: Wir haben das Projekt Girls-for-Technik gemacht, das finanzieren wir jetzt nur noch ganz wenig. Was sollte diese Projekt? Es sollte die Stellschrauben in Betrieben herausfinden, warum es nicht klappt, dass, wenn es interessierte Mädchen gibt, diese nicht lange durchhalten. Dafür gibt es Gründe, und diese findet aber nicht ein Arbeitgeber, denn der eigene Betrieb läuft wie er läuft. Ich finde, das ist kein Vorwurf, sondern es ist normal. Der Betrieb läuft, wie er läuft, und man denkt, das sei normal. Dass es dort Ausschlussverhaltensweisen oder -strukturen gibt, die entdecke ich nicht, wenn das mein Alltag ist. Darauf einen Blick von außen zu werfen ist gut, das haben wir gemerkt. Das Projekt Girls-for-Technik hat etwas herausgefunden, aber wir finden jetzt eigentlich keinen ordentlichen Anschluss, der das jetzt mehr noch in die Fläche bringt und quasi Kammern und alle an der Schnittstelle zwischen Ausbildung und Beruf Befindlichen, auch die Betriebe selbst,

mit einem solchen Kenntnisstand zu versorgen. Dafür finden wir wieder keine Lösung, also wird das Projekt eingestellt.

Ein positives Beispiel, aber mit einem unglaublich hohen Kraftaufwand, ist das zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie häufig ich um eine Weiterfinanzierung gebeten habe, weil es um Marlies Müller geht und wir den Betrieben nicht helfen müssen. Doch, das müssen wir! Wir haben in Bremen in der Zwischenzeit ziemliche Erfolge gehabt, aber auch, weil wir es in eine Kontinuität überführt haben. Das hat aber unglaublich viel Kraft gebraucht, bis man die Einsicht hatte, dass es in eine Kontinuität überführt werden muss. Ich möchte mich nicht nur beschweren, ich möchte auch einmal etwas Positives sagen.

Es gibt also in den Punkten - und die Folien bekommen Sie - auch noch weitere Anregungen. Frau Bernhard hat das gender-pay-gap angesprochen, das bekomme ich über die drei Säulen nicht weg, das ist richtig, aber die drei Säulen verändern nicht das Leben, sie verändern nur die Arbeitsverteilung. Die eben genannten Säulen lässt sich Arbeit verändern. Wenn alle Menschen für alle drei Säulen arbeiten müssen, dann werden auch Männer mehr Familienarbeit, Pflegearbeit und Nachbarschaftsarbeit leisten, aber das verhindert nicht zwingend den gender-pay-gap.

Frau Dr. Kappert-Gonther, das Thema der Familienarbeitszeit - es war eigentlich Frau Grönert, die mich dazu motiviert hatte, einen größeren Aufschlag zu machen - passt sehr gut, das brauche ich an der Stelle nicht weiter ausführen. Ich kann Ihnen höchsten noch einmal sagen, für die, die es interessant finden: Professor Klaus Dörner - den viele vielleicht noch kennen, er ist in der Zwischenzeit 80 Jahre alt und immer noch in Deutschland und international aktiv - hat das Buch „Der dritte Sozialraum“ geschrieben und greift darin genau das auf, was mehrere von Ihnen hier eigentlich gesagt haben, nämlich wie sich sozialräumliches Unterstützen eigentlich konkret organisieren lässt. Ich finde nicht, dass er den Stein der Weisen erfunden hat, aber er hat gute Wege gefunden. Er hat 1 200 Projekte hier in Deutschland laufen und es ist jemand, der versucht, sehr konkret Hilfestellungen dafür aufzubauen, dass es eine kommunale Infrastruktur gibt und die braucht es dann auch in kleineren Sozialräumen. Ich finde immer noch, dass das ein spannender Mensch und ein

spannendes Buch sind! Das erste Buch „Der dritte Sozialraum“ finde ich besser als das zweite Buch „Helfensbedürftig“.

Abg. Dr. vom Bruch: An dieser Stellen ganz herzlichen Dank! Ich möchte gar keine große Überleitung machen sondern möchte, auch im Anbetracht der Uhrzeit, direkt Frau Dr. Schröder zu Wort kommen lassen, wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen!

Frau Dr. Schröder: Vielen herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier für die Arbeitnehmerkammer ein paar Daten und Fakten zum Thema einbringen zu können! Ich bemühe mich einmal, die Diskussion noch anzureichern, sie ist ja schon sehr reich, aber ich glaube, durch weitere Fakten gibt es noch mehrere Gesichtspunkte, die wichtig für das Thema sind.

Ich selbst bin Referentin in der Politikberatung der Arbeitnehmerkammer hier in Bremen und beschäftige mich vor allem mit Fragen der Gleichstellung, vor allem mit der Arbeitswelt von Frauen.

Wir werden nicht müde immer wieder zu betonen, dass Gleichstellung und Gleichberechtigung nicht einfach nur ein politischer Goodwill ist, sondern es ist tatsächlich erkämpftes Grundrecht in Deutschland. Das vergessen immer viele bei dem Thema, deswegen ist dies eine Folie, die ich an den Anfang jeder Ausführung stelle! Frau Hauffe hat schon den ersten Bundesgleichstellungsbericht erwähnt, und seitdem sind wir uns eigentlich in der Gleichstellungsforschung - und politik sehr einig, dass moderne Gleichstellungspolitik immer bei der Lebensverlaufsperspektive ansetzt. Sie sehen es hier noch einmal grafisch, also der gesamte Werdegang einer Frau mit typischen geschlechtsspezifischen Verhalten an bestimmten Knotenpunkten, das hat Frau Hauffe ja auch schon gesagt. Sie sind wirklich sehr geschlechtsspezifisch in den einzelnen Lebensetappen: Ausbildungs- und Erwerbsunterbrechung spielen natürlich eine sehr große Rolle für Frauen und beeinflussen selbstverständlich den gesamten Werdegang und Berufs- und Lebensverlauf. Last but not least: Die Einflussfaktoren gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik.

Die Frage, die sich stellt: Sind es immer Lebensfairläufe, ist das wirklich fair, was dort passiert? Insbesondere wenn wir wissen und das Bild der typischen Frauenrolle vor Augen haben: Multitasking-fähiger als Männer, alles organisierend, tradiert und trainiert in allen Fragen der Berufs- und Familienwelt.

Es ist eigentlich schon absurd, dass genau aus dieser Fähigkeit von Frauen sozusagen alles zu balancieren, die Verantwortung für viele Dinge innerhalb der Familie - -. Es kann eine Alleinerziehende sein, es kann eine Frau in einer Partnerschaft sein, immer noch fällt tradiert hier dieses Matching, die Multitasking Fähigkeit der Frau zu, und das ist tatsächlich absurd, dass Frauen genau aus dieser Rolle heraus ein erhöhtes Armutsrisiko haben, dass es sehr viel damit zu tun hat.

Wie sieht die Erwerbsarbeit von Frauen am Bremer Arbeitsmarkt aus? Ich habe Ihnen einmal die neusten Zahlen mitgebracht, Erwerbsquoten im Vergleich Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter. Sie sehen hier die Unterschiede, Männer liegen bei 78,4 Prozent Erwerbsquote, Frauen bei 67,2. Das ist, ich sage es noch einmal, der Anteil der Erwerbspersonen, also Erwerbstätige und Erwerbslose, im erwerbsfähigen Alter an der Bevölkerung im entsprechenden Alter - nur, dass Sie das auch lesen können -, und es beinhaltet die Erwerbsneigung, also wie Frauen und Männer geneigt sind, erwerbstätig zu sein. Da sehen Sie, dass das bei den Männern eher stagniert über die Jahre, und bei den Frauen doch einen erheblichen Auswuchs erfährt, den man natürlich, das ist ja auch schon angeklungen, hinterfragen muss.

Wenn wir uns einmal die Beschäftigungsquoten allein der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bremen anschauen: Ende 2013 gab es in Bremen 134 740 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen und knapp 171 800 Männer. Man sieht schon, Männer dominieren die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die entsprechenden Beschäftigungsquoten liegen bei Männern bei 52,1 Prozent, bei Frauen nur bei 46,3. Sie sehen also schon, dass das Positive, der Anstieg der Erwerbsquoten, der Erwerbsneigung sich nicht automatisch im Anstieg einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung widerspiegelt.

Wenn wir uns die Struktur einmal anschauen, die hinter der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung steht, können wir da ziemlich schnell sehen, dass es ei-

gentlich keine Geschlechterunterschiede hinsichtlich des Alters gibt, hinsichtlich der Staatsangehörigkeit und der Qualifikation - bezogen auf die die Balken rechts und links, links die Frauen, rechts die Männer - ist es eigentlich sehr gut gleich verteilt zwischen den Geschlechtern und es gibt keine Unterschiede. Aber die Balken ganz unten sind entscheidend, weil hier die Geschlechterunterschiede sehr deutlich zu Tage treten hinsichtlich der Vollzeit- und Teilzeitarbeit. Das ist ja auch schon gesagt worden, und auch zu Ihrer Frage vorhin vielleicht hier auch noch einmal eine Erklärung. Die Frage ist immer, was ist freiwillig, was ist unfreiwillig, fest steht jedoch aus vielen Studien, dass die Motivation von Frauen, Teilzeit zu arbeiten, ob freiwillig oder unfreiwillig, immer mit einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun hat.

Wenn wir uns einmal anschauen, in welchen Berufen arbeiten Frauen - das ist eine Übersicht, die ich für unseren jährlichen Lagebericht erstellt habe und einmal geschaut habe sozusagen nach den Top Ten der typischen Frauenberufe in Bremen. Da sehen Sie also ganz oben Büro- und Sekretariatskräfte ohne Spezialisierung - das natürlich auch schon wieder ein Fingerzeig auf Arbeitszeiten und vor allem auf Bezahlung -, über 14 000 Frauen, Gesundheits- und Krankenpflege, Verkauf ohne Spezialisierung wohlgemerkt, Reinigung, kaufmännisches, technisches, betriebswirtschaftliches Wesen, das sind in der absoluten Zahl die Berufsbereiche, in denen Frauen hier im Land am häufigsten beschäftigt sind. Sie können allein aus diesen Berufsbezeichnungen, aus den Berufen ersehen, dass damit immer flexible Arbeitszeiten verbunden sind, ein hoher Anteil von Teilzeit- und Minijobs, kaum Aufstiegschancen in den Berufen gegeben sind, und natürlich damit schlecht bezahlt, was wiederum natürlich Armut produziert und vor allem im Laufe des Lebens dann auch Altersarmut.

Wenn wir einmal, die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten im Land Bremen schauen: Auch hier sehen Sie ganz deutlich, geringfügige Beschäftigung, Minijobs sind, ganz klar, typisch weiblich, über 30 000 aktueller Stand 2013. Frauen waren hier ausschließlich, ich habe jetzt nur die ausschließlich geringfügig Beschäftigten einmal grafisch gezeigt, also die allein von einem Minijob leben. Also insgesamt waren Ende 2013 über 15 000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Land Bremen, und davon 60,4 Prozent Frauen. Sie sehen, dass die positive Nachricht der Steigerung der Erwerbsquote von Frauen, ziemlich viel mit diesen Jobs zu tun hat.

Wenn wir uns jetzt einmal die Arbeitslosigkeit in Bremen von Frauen und Männern anschauen, auch über die Jahre seit 2010, sehen Sie da gar nicht so viel Bewegung. Ich habe hier noch einmal die Jahresdurchschnittszahlen hinten für 2013 angeschrieben, hier liegt es bei den Männern bei 20 400, die Frauen bei 16 800 im Jahresdurchschnitt. Wir sehen, dass die Frauenarbeitslosigkeit stagniert in der absoluten Zahl, und die Männerarbeitslosigkeit leicht rückläufig verläuft.

Wenn wir uns aber anschauen, was denn in der Arbeitslosigkeit, beziehungsweise beim Einstieg in Arbeitslosigkeit und vor allem was nach der Arbeitslosigkeit passiert, können Sie hier sehen, dass Frauen aus der Arbeitslosigkeit weniger als Männer in die Erwerbstätigkeit münden, 26 zu 33 Prozent, dafür umso mehr wieder in Nichterwerbstätigkeit landen, weil sie sich da zurückziehen, weil sie auch nicht mehr registriert sein wollen beim Jobcenter oder bei der Agentur oftmals keine Hilfe erfahren. Sie sehen zudem, dass die Verweildauer in Arbeitslosigkeit für Frauen im Durchschnitt höher liegt als für Männer, durchschnittlich 50 Wochen - wohlgemerkt, es ist ein Durchschnitt, viele liegen darüber! -, und für Männer 45,8 Wochen. Auch selbst wenn Frauen in die Erwerbstätigkeit münden, braucht es länger als bei Männern. Das sind also alles noch einmal Zahlen, die man auch zur Kenntnis nehmen muss, die wiederum natürlich auch Fragen an die Arbeitsförderung von Frauen in der Arbeitslosigkeit stellen.

Wenn wir dann einmal weiterschauen, Arbeitslosigkeit nach Strukturmerkmalen. So wollte ich Sie hier gar nicht konfrontieren mit allen Zahlen, aber vor allen mit diesen: 21,1 Prozent der arbeitslosen Frauen sind alleinerziehend, und 61 Prozent haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das sind für mich die beiden entscheidenden Werte, wenn wir uns die Struktur anschauen, und Sie sehen auch, dass der Wunsch - hier unten haben Sie den Wunsch -, also was möchte ich denn nach der Arbeitslosigkeit machen, dass überwiegend Vollzeitarbeit angestrebt wird, aber auch zu einem hohen Anteil noch Teilzeitarbeit, wohl auch aus der Überlegung, wie kann ich das mit der Familie vereinbaren, was ist überhaupt realistisch am Bremer Arbeitsmarkt tatsächlich für einen Job zu bekommen.

Ja, und diese Gruppe wollen wir uns jetzt einmal anschauen, die Alleinerziehenden in Bremen. Da habe ich Ihnen jetzt auch ganz aktuelle Zahlen, die sind vor zehn Tagen erschienen für 2013, noch einmal schnell aufgearbeitet und aktualisiert. Die Arbeitnehmerkammer macht sowieso laufende Analysen zu Alleinerziehenden und Sie bekommen hier als erste jetzt die neuen Zahlen auch präsentiert. Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach der Lebensform für Bremen, sehen Sie, da haben Sie erst einmal eine Idee davon, wie viel alleinerziehende Haushalte es denn hier gibt, etwa 18 000, zum Vergleich zu 37 000 Ehepartnern. Das sagt ja jetzt noch nicht so viel, man muss das natürlich im Verhältnis sehen, wie das bundesweit aussieht, und da gibt es schon eine deutliche Aussage, wenn man das einmal mit den Deutschlandzahlen vergleicht. Man sieht dann, dass der Anteil von Alleinerziehenden hier wesentlich höher ist als im Bundesschnitt, liegt hier bei 29,7 Prozent aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren, und die Ehepaare liegen merklich darunter mit 60,5 Prozent zu knapp 70 Prozent bundesweit. Man kann also schon sagen, Bremen ist eine Hochburg Alleinerziehender, was aber Großstädte im Allgemeinen sowieso auch sind.

Wenn wir uns dann einmal die Erwerbsquote und die Erwerbstätigenquote für Alleinerziehende anschauen, so sehen Sie, die Erwerbsquote liegt - wir hatten ja gerade den Vergleich zu den anderen Formen - bei knapp 70 Prozent, noch einmal im Vergleich, Frauen generell 67 Prozent. Man kann also sagen, Alleinerziehende haben eine höhere Erwerbsneigung als Frauen generell, was ja auch eine Logik hat, weil sie natürlich viel stärker auch am Arbeitsmarkt aktiv sein müssen, um als Alleinverdienerin - es sind ja häufig über 90 Prozent Frauen - dann auch das Einkommen für die Familie zu erwerben, sie sind im höheren Maße ja auch gezwungen, Arbeit am Arbeitsmarkt aufzunehmen. Was sagt uns diese Zahl von der Erwerbstätigenquote, also die wirklich Erwerbstätigen? 61,5 Prozent, wenn wir die jetzt einmal im Bundesvergleich sehen. Was schätzen Sie, wo liegt Bremen damit dieser Erwerbstätigenquote? Ja, leider nicht gut! Letzter Platz, ganz unten! Wir haben die niedrigste Erwerbstätigenquote Alleinerziehender bundesweit. Übrigens, jetzt auch 2013 erstmalig, 2012 waren wir noch nicht das Schlusslicht, jetzt sind wir es. Das gibt natürlich zu denken, und das muss man sich tatsächlich dann noch einmal genauer ansehen und politische Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Wenn wir uns die Struktur - Wie erklärt sich das? Warum ist das so? - alleinerziehender Arbeitsloser einmal anschauen, hinweisen wollte ich auf diese Größe -, 65,2 Prozent der arbeitslosen Alleinerziehenden verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wir sind ein bisschen, 2012 lagen wir bei 66 Prozent, heruntergegangen, aber das ist natürlich ein Wert, der überhaupt nicht so stehen bleiben kann. Seit Jahren fordern wir nunmehr auch von Seiten der Arbeitnehmerkammer, dass es hier eine Berufsbildungsoffensive für Alleinerziehende geben muss, denn sonst haben sie wirklich null Chance aus dieser Situation herauszukommen. Diese Angebote von Berufsbildung müssen natürlich auch entsprechend gestrickt sein für Alleinerziehende: Es muss eine Kinderbetreuung organisiert sein, es muss eine Teilzeitausbildung möglich sein. All diese Sachen sind in Bremen noch nicht einmal, würde ich sagen, in den Kinderschuhen, Babysocken vielleicht, aber sonst brauchen wir hier eine Offensive. Das würden wir hier gern vertreten wollen, denn Sie sehen, dass wir hier seit Jahren nunmehr schon, einmal waren wir ganz unten, jetzt sind wir ganz oben, beides traurige Werte im Bundesvergleich.

Zum Thema Armut - wie es aussieht mit der Abhängigkeit von der Grundsicherung, SGB II, Hartz IV, wie immer Sie das bezeichnen wollen - sehen Sie auch hier, dass die Hilfequoten für Alleinerziehende dramatisch hoch sind. Es sind jetzt Bremer Zahlen, das blaue zeigt 2012, das rote 2013, die neuen Zahlen, und Sie sehen - das hier oben sind alle Bedarfsgemeinschaften - etwa 18 Prozent aller Haushalte sind in irgendeiner Weise in Abhängigkeit von Grundsicherungsleistungen, ob nun sozusagen allein Hartz IV oder aufstockende Grundsicherungsleistungen. Wenn wir uns die alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften hier ansehen, sehen Sie, dass wir da bei 52,7 Prozent liegen, also über die Hälfte aller alleinerziehenden Haushalte in Bremen sind in irgendeiner Weise abhängig von Grundsicherungsleistungen, das ist ein sehr hoher Wert. Wir sind etwas runtergegangen, wir hatten einen dramatischen Wert im letzten Jahr mit über 70 Prozent bei alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften mit zwei und mehr Kindern. Da sind wir etwas runter auf 58,2 Prozent, dafür sind die Anteile gestiegen bei Alleinerziehenden mit einem Kind auf 49 Prozent. Das sind alles keine guten Werte, und das ist ein deutlicher Ausweis von erhöhten Armutsrisiken für Alleinerziehende und ihre Kinder.

Abg. Frau Bernhard: Weiß man warum sich das so verschoben hat?

Abg. Frau Schröder: Nein, das haben wir gerade erst zur Kenntnis genommen, und warum sich das jetzt von einem Jahr zum anderen ja ziemlich drastisch verschoben hat, da müssen wir auch noch einmal Fragen stellen.

Ja, Sie sehen aber sowieso, generell zeigt diese Grafik nicht nur den Unterschied zwischen Paarfamilien und Alleinerziehenden, sondern sie zeigt ganz deutlich auch, dass Kinder generell leider in dieser eigentlich reichen Gesellschaft immer noch im Jahre 2014 Armutsrisiko sind. Das ist erschreckend, also Sie sehen ja auch, dass die Paare mit Kindern natürlich erheblich höhere Hilfequoten haben als Paare ohne Kinder. Da gebe ich Frau Hauffe völlig Recht, wir sprechen auch nicht von Kinderarmut, sondern von Kindern als Armutsrisiko, und das ist wirklich ein trauriger Beleg.

Ich will das zusammenfassen, ich kann mich ja auch ziemlich beeilen, weil vieles hier auch schon ganz gut besprochen wurde. Diese generelle Problematik der Nichtvereinbarkeit von Familie und Beruf ist immer noch in unserer Gesellschaft mit traditionell verteilten Rollen zwischen Männern und Frauen manifestieren sich hier ganz klar für Frauen. Sie haben sehr viel mit erhöhtem Armutsrisiko für Frauen zu tun, und sind sogar noch einmal umso stärker bei Alleinerziehenden sichtbar. Und deswegen wollen wir wirklich sehr stark appellieren, auch an Sie, die weiterhin ganz stark als politische Zielgruppe im Blick zu haben, in mehreren Politikfeldern, nicht nur Soziales und Arbeit, sondern wirklich in nahezu fast allen Politikfeldern. Wir bieten auch an, auch gern mit uns gemeinsam Maßnahmen zu formulieren. Einige gute sind ja hier schon von der ZGF aufgeschrieben, auch im ersten Bundesgleichstellungsbericht, dem wollen wir uns anschließen und das findet unsere volle Unterstützung, dass wir es irgendwann einmal schaffen, diese Pfeile in eine Richtung zeigen zu lassen, das wäre das große Ziel.

Die Arbeitnehmerkammer bleibt dran, auch viele Informationen in unseren diversen Infomaterialien, neben vielen anderen Themen auch weiterhin zu diesem Thema. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Abg. Dr. vom Bruch: Ganz herzlichen Dank! Nicht nur im Allgemeinen, sondern auch in Bezug auf die hohe Aktualität, die ja verschiedene Aussagen von Ihnen ge-

habt haben. Wir machen es jetzt einmal anders herum! Ich würde für die Fragerunde einmal links beginnen. Gibt es Wortmeldungen? Frau Bernhard!

Abg. Frau Bernhard: Das eine hat ich ja unverschämter Weise vorhin schon in die Runde geworfen. Ansonsten ist dem wenig hinzuzufügen. Ich finde, dass wir eine Berufsbildungsoffensive brauchen, an dem Punkt völlig evident, und leider machen wir da nur Rückschritte in den aktuellen Programmen. Insofern kann ich diese Forderungen hundertprozentig unterstützen, und ich finde es auch richtig in den Blick zu nehmen. Es ist ein Stadtstaatenproblem, aber wir sind auch innerhalb der Stadtstaaten wieder die letzten. Das ist ja keine neue Erkenntnis, dass man da dringend gegensteuern muss, und ich glaube, hier auch gegensteuern kann, ist, finde ich, relativ deutlich.

Abg. Dr. vom Bruch: Kann ich mich schon nach rechts orientieren? Herr Dr. Güldner!

Abg. Dr. Güldner: Ganz kurzer Punkt: Wir sind uns da, glaube ich, einig, Sie sagten, Kinder sind ein Armutsrisiko, wahrscheinlich wäre es noch deutlicher, wenn man von einem zusätzlichen Armutsrisiko spräche, weil da ja manchmal mehrere Armutsrisiken sozusagen aufeinandertreffen, und dann bilden sie noch einmal ein zusätzliches. Sie sind ja wahrscheinlich kein, so werden Sie es auch nicht gemeint haben, alleiniges Armutsrisiko, wenn alle anderen Faktoren stimmen. Sondern die Perspektive sieht sozusagen dann, wenn zu den anderen Armutsrisiken noch die Kinder kommen, ganz besonders düster aus, so habe ich das verstanden.

Abg. Dr. vom Bruch: Sigrid Grönert, anschließend würde ich das Wort Frau Dr. Schröder erteilen!

Abg. Frau Grönert: Ich habe eben schon zu Frau Kappert-Gonther gesagt, ich hatte in meinem Kopf die Babysocken eigentlich ausgezogen, weil es ab und zu Berichte über Alleinerziehende gab, die eben ein tolles Modell haben im Zusammenhang mit einem Arbeitgeber, wie sie noch eine Ausbildung machen können. Waren das nur so einzelne Leuchtturmspitzen? Denn ich hatte daraus rückgeschlossen, dass es da ja doch schon ganz nette Sachen gibt.

Abg. Dr. vom Bruch: Ja, Frau Schröder, Sie haben das Wort!

Frau Dr. Schröder: Das eine, was ja eine direkte Anfrage ist: Ich würde das Bild gern aufrechterhalten, weil wir hatten hier ja das EU-geförderte Netzwerk Alleinerziehender. Da gab es ja große Anstrengungen von allen Beteiligten, Teilzeitausbildung, Teilzeitumschulung mehr auf den Weg zu bringen. Das war wirklich eine riesen Arbeit, und es gibt wirklich nur einzelne Beispiele. Sie haben nur Null Komma etwas Prozent Anteile von Teilzeitausbildungen und Ausbildungen in Bremen. Was wir gemerkt haben ist, dass es eine sehr persönliche Kiste ist. Es kommt nur zustande, weil sich vielleicht eine Auszubildende schon in der Ausbildung befindet, schwanger wird, und dann sozusagen, weil Betrieb und Auszubildende gut zueinander passen, dass man dann irgendwie eine Lösung findet, einen Weg, da auch eine Teilzeitausbildung weiterhin zu ermöglichen. Es ist also eine ganz individuelle Sache, es ist keine Strategie, keine Aufgeschlossenheit der Unternehmen da, generell mit diesem Thema umzugehen, und da müssen wir noch viele, viele Anstrengungen unternehmen.

Frau Hauffe: Frau Kappert-Gonther hat das eben vor sich gemurmelt, im Grunde ist das ja Projektitis! Wir haben wirklich dieses Projekt gehabt, gute Arbeit für Alleinerziehende. Es gab ein Abschlussplenum, für alle, die dabei waren, im Wallsaal der Stadtbibliothek. Im Wallsaal hat jede Institution ein Aufgabenticket mitgenommen, was die denn dann zu tun haben und Punktum, damit war es geschehen. Das ist nicht mehr weiter verfolgt worden, weil es die Beschäftigte, die das gemacht hat, auch nicht mehr gibt, die ist woanders. Es ist, gekoppelt an ein Projekt, mit einem großen Aufwand entwickelt worden und da die eine Beschäftigte nicht mehr da, verläuft es nun einfach so irgendwo im Nirwana. Und das ist etwas, was ich ganz furchtbar finde, dass wir gute Entwicklungen machen und es dann nicht weiter verfolgt wird. Zum Beispiel hat der Wirtschaftssenator gesagt, wir machen die Arbeitsplätze in der Windenergie. Wir müssen mal gucken wie die sind, und wir machen jetzt so etwas gemeinschaftlich zur Windenergie. Ja, warum eigentlich nicht einmal zu diesem Thema? Dass sich da niemand sperren kann, sondern dass man Gemeinschaften bildet und es so etwas wie Verabredungen kommt, das fände ich irgendwie gut. Das findet nicht statt!

Abg. Dr. vom Bruch: Ich würde jetzt noch eine kurze zweite Runde machen. Ich habe noch eine Wortmeldung von Frau Dr. Kappert-Gonther. Gibt es sonst noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann, bitte!

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther: Zu den Teilzeitausbildungen, das finde ich einen ganz relevanten Gedanken, und ich würde gern fragen, welche Rolle Sie da den Berufsschulen auch beimessen. Weil, was ich so über Patientinnen mitbekomme, ist, dass auch das häufig schwierig ist, auch die reine Zeit, die dann in der Berufsschule verbracht wird mit zwei bis drei Kindern, zum Teil unter drei, zu absolvieren, das klappt dann auch vorne und hinten nicht mit Betreuungszeiten, und da scheitert es auch häufiger. Da würde mich Ihre Einstellung interessieren!

Abg. Dr. Güldner: Darf ich da eine Halbfrage anschließen: Ist diese 0,1 Prozent woanders signifikant höher? Gibt es woanders Teilzeitausbildungen in höherem Umfang als diese magere 0,1?

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Dr. Schröder!

Frau Dr. Schröder: Wir haben dieses Thema ja in verschiedenen Workshops diskutiert, auch mit Berufsschulen, aber vor allem war unser erstes Ziel damals, wirklich Betriebe anzusprechen, und dann in der Hoffnung, dass Berufsschulen dann nachziehen. So weit waren wir noch gar nicht, muss ich ehrlich sagen. Wir haben uns versucht, Betriebe dafür aufzuschließen, wir haben gesagt, wenn es da erst einmal funktioniert, haben wir ja schon einen Spielraum, und würden dann gern die Berufsschulen mit ins Boot holen. Leider, als die EU-Förderung auslief, lief auch das Engagement dafür leider aus. Nichtsdestotrotz müssen wir an diesem Thema dranbleiben und versuchen auch hier in Kooperation der Kammern, aller Kammern, unserer auch, das Thema weiterzuverfolgen. Aber wir sind noch nicht, leider noch nicht, bis zu dem Schritt gekommen, wirklich dann Berufsschulen auch da anzusprechen. Die waren dabei in den Workshops, aber es ging in erster Linie erst einmal darum, die Wirtschaft dafür überhaupt zu sensibilisieren, aufzuschließen, zu informieren. Zahlen habe ich jetzt leider nicht aus anderen Bundesländern. Es gibt wohl höhere, aber nicht dramatisch höhere.

Abg. Dr. vom Bruch: Ja, herzlichen Dank! Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt vorläufig nicht. Dann würde ich auch in diesem Falle ohne weitere Umschweife Frau Schäfer das Wort erteilen, mit der Bitte um Ihre Ausführungen. Wir sind ja schon ein bisschen fortgeschritten in der Zeit, aber das soll Sie nicht daran hindern, in Ruhe Ihre Ausführungen zu machen. .

Frau Schäfer: Ich beeile mich, im Anbetracht, dass auch die Betreuung meines Sohnes Grenzen hat. Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, hier kurz auf das Thema aufmerksam zu machen, und vor allen Dingen auch auf einige Probleme, die sich mit zunehmender nicht existenzsichernden Einkünften und der Lohnlücke im Land Bremen ergeben. Ich danke auch meinen Vorrednerinnen für die Ausführungen, und ich hoffe, ich kann es noch ergänzen.

Wir haben ja schon gesehen, dass wir Armutsgefährdungsquoten vor allen Dingen bei den Frauen im zunehmenden Maße von 2005 auf 2013 haben. Wir haben diese vor allen Dingen für die Alleinerziehenden zunehmend von 11,4 Prozent in diesem Zeitraum von nur 8 Jahren, und bei den Erwerbslosen. Ich möchte mich aber gar nicht so sehr um diese Gruppen kümmern, sondern ein Stück weit mehr auf die Erwerbstätigen eingehen.

Hier sehen wir, wie wir auch schon bei Frau Schröder gesehen haben, sie hatte sich jetzt die Erwerbsquote, ich habe mir die Erwerbstätigenquote für Frauen angeschaut - das ist der rote Punkt -. Hier mit steigender Erwerbsintegration von Frauen am Arbeitsmarkt, aber immer noch eine verbleibende Erwerbslücke zwischen Männern und Frauen. Die ist in den Mittneunzigern ein bisschen gesunken und hat sich jetzt wieder zum Ende angepasst. Das heißt wir haben hier Spielraum für Erwerbsmarktintegration von Frauen.

Wo ist dieser Spielraum? Dieser Spielraum wurde zum Teil stärker ausgenutzt bei den 25 bis 30-jährigen beziehungsweise 30 bis 35-jährigen. Hier sehen wir eine starke Zunahme der Erwerbsquoten, aber auch bei den etwas älteren im mittleren Bereich, da, wo auch oft Reproduktionstätigkeiten anliegen, verharren oder sinken auch diese Erwerbsintegrationsquoten stark. Wir sehen vor allen Dingen in den Familien, und wir sehen natürlich bei den Ledigen, worunter auch die Alleinerziehenden fallen,

ein großes Problem. Hier haben wir Erwerbstätigenquoten, die unterdurchschnittlich sind.

Wie sieht es denn aus auf dem Bremer Arbeitsmarkt aktuell? Wie wir bei Frau Schröder und Frau Hauffe schon gesehen haben, sind ungefähr 43,7 Prozent der Frauen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, das ist bundesunterdurchschnittlich. Wir haben eine große Teilzeitquote von 46,7 Prozent beziehungsweise aktuell von 47,1 Prozent, das heißt einen steigenden Anteil von atypischer Beschäftigung. Wir haben, wie Frau Hauffe, und ich glaube Frau Schröder auch, gesagt hat, den Anteil von Frauen in geringfügiger Beschäftigung von 60,7 Prozent, das haben Sie bereits alles gehört.

Aktuell sind die Zahlen so, dass wir 70 686 Mini-Jobberinnen und -Jobber haben, von denen, die einen Minijob im Nebenjob haben, 57 Prozent Frauen sind. Und 23 Prozent dieser Minijobber sind auf staatliche Leistungen angewiesen, das heißt, hier haben wir einen großen Bestandteil von gering Entlohnten, aber auch von denen, die aufstocken müssen, weil sie in dieser Beschäftigung nicht existenzsichernd entlohnt werden. Wir haben 15 326 Beschäftigte in Leiharbeit, 19,7 Prozent der Vollbeschäftigten ohne die Auszubildenden, arbeiten im Land Bremen im Jahr 2010 im Niedriglohnsektor, in Westdeutschland sind es sogar 21,8 Prozent der Vollzeitbeschäftigten. 4 000 von diesen Vollzeitbeschäftigten sind Aufstocker. Die Aufstockerquote liegt in Bremen bei 4 Prozent, ein zunehmender Anteil. Wir haben insgesamt 9 Prozent der Beschäftigten, die mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro die Stunde auskommen müssen. Wir wissen, dass von diesen Beschäftigungsverhältnissen ein Großteil mit Frauen besetzt ist.

Wie sieht es nun aus bei der Entgeltungleichheit? Frauen verdienen, wie wir wissen, im Bundesdurchschnitt vergleichsweise weniger als Männer, in gleichen Positionen und Branchen. Auch für Bremen sehen wir das, gerade bei den angelernten Arbeitnehmerinnen haben wir die größten Verdienstabstände. Ich habe hier einmal für 2013 die Zahlen, und im rot unterlegten für das zweite Quartal 2014, also die aktuellsten, die verfügbar sind. Ich habe jetzt nicht die ganz hohen Positionen mit reingegenommen, weil uns interessiert ja die Armutsschwelle, und wir sehen, dass hier deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Branchen herrschen.

Natürlich, in den konsumorientierten Dienstleistungsgesellschaften haben wir aufgrund von individuellen Gehaltsverhandlungen, Bonussonderzahlungen die größten Verdienstabstände, aber auch im Gesundheits- und Sozialwesen mit 28 Prozent zeigt sich genauso hier ein starker Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen. Überraschenderweise im Land Bremen sogar mehr als im verarbeitenden Gewerbe mit 25 Prozent, im Handel ist der Verdienstabstand zurückgegangen. Wir haben im Gastgewerbe einen zunehmenden Verdienstabstand, hier sind vor allen Dingen, genauso wie im Sozial- und Gesundheitswesen, Frauen vertreten, wir haben vorhin den Frauenanteil in den einzelnen Berufen gesehen, und wir haben aber auch in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung einen Verdienstabstand, der bei den Teilzeitbeschäftigten, hier haben wir Teilzeit und Vollzeit zusammen, sogar noch höher liegt.

Jetzt wissen wir, dass die Verdienste in den letzten Jahren stark gestiegen sind, und so auch die Verdienste bei den Einstiegs- und Jahresgrundvergütungen in den einzelnen Branchen. Wir sehen, dass die Facharbeiter über einen Jahreszeitraum von knapp 15 Jahren in ihren Einstiegsgehältern einen Zuwachs von 67,5 Prozent hatten. Im öffentlichen Dienst, jetzt für gesamt Westdeutschland, liegt er bei den Krankenschwestern zum Beispiel aber nur bei 21,7 Prozent. Die höchsten Armutsgefährdungsquoten haben genau diese Beschäftigungsverhältnisse, in denen Frauen stark vertreten sind, nämlich die atypischen Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitbeschäftigung und Geringfügigkeit, hier leider auch nur für gesamt Westdeutschland.

Wie sieht es aber mit zukünftigen Zonen der Arbeitsgefährdung aus? Wie sieht es bei denen aus, die eigentlich normal Arbeitnehmerinnen in einer Vollzeiterwerbstätigkeit sind? Hier noch einmal aus der Arbeitnehmerkammer-Studie aus dem Jahr 2009 einmal die Zahlen - das ist wirklich schlecht zu lesen hier! - für diejenigen, die Vollzeit arbeiten und mit einem Niedrigeinkommen, das heißt 60 Prozent unterhalb des medialen Einkommens, auskommen müssen. Und hier haben wir die Zahlen für diejenigen, die sogar mit unter 1 300 Euro im Land Bremen im Jahr 2007 auskommen müssen. Hier sehen wir, dass 30 Prozent der weiblichen Beschäftigten ein Minuseinkommen haben, aber nur 15 Prozent der männlichen Vollzeitbeschäftigten. Der Anteil von denen, die mit weniger als 1 300 Euro auskommen müssen, liegt bei den weibli-

chen Vollzeitbeschäftigten bei 20, und bei dem mit Männern zwischen 15 und 10 Prozent.

Jetzt ist es so, die Frage, wie kommen denn eigentlich die Haushalte aus dieser Armutsgefährdungszone raus? Was bringt die denn dazu sozusagen, dass man potentiell immer Vollzeit im Haushalt dann doch nicht mehr arm ist? Das zeigen einige aktuelle Studien jetzt, dass vor allen Dingen das Einkommen des Partners in den Paarkonstellationen eine ganz große Rolle spielt, um aus dieser Armut rauszukommen. Hier, bei dem kinderlosen Paar sieht man - -. Der untere blaue Balken sind die, die es mit dem eigenen Einkommen schaffen, die Armut zu überwinden, der graue Balken sind diejenigen, die mit den Einkünften des Partners schaffen aus der Armut rauszukommen, und der oberste Balken, der hier so weiß ist, sind diejenigen, die in Armut verbleiben. Da sehen wir natürlich bei den Alleinerziehenden, dass viele in Armut verbleiben, das eigene Einkommen reicht nicht aus. Hier spielen staatliche Transfers eine große Rolle. Bei den kinderlosen Paaren ist es das eigene Einkommen beziehungsweise das Partnereinkommen. Bei den Paarfamilien ist es ganz stark das Einkommen des Partners.

Wie ist es denn bei den einzelnen Branchen? Das haben wir uns auch einmal angeschaut. Hier sieht man, dass vor allen Dingen im Dienstleistungssektor Gesundheit als ein Beispiel, das Partnereinkommen plus die familienbezogenen Transfers wesentliche Elemente der Armutsvermeidung im Dienstleistungssektor sind.

Ein paar Anmerkungen zu Möglichkeiten der kommunalen Strategien: Sicherlich ist eins der wichtigsten Sachen, die hier auch angesprochen wurde, die Erhöhung des Einkommens durch existenzsichernde Erwerbsarbeit, das heißt durch Erwerbsarbeit, die aufgewertet wird, die in ihrer Entgeltleistung existenzsichernd sind, aber auch durch Transferleistungen, das heißt Prüfung auf Transferleistungen. Viele wissen gar nicht, ob sie Anrecht auf Transferleistungen haben, die Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs, hier geht es mir vor allen Dingen darum, noch einmal zu sagen, dass die Verteilung auf mehrere Träger eines der wichtigsten Elemente ist, und hier geht es auch darum, die Betriebe mit in die Pflicht zu nehmen, und auch betriebsnah Kinderbetreuung und auch Partizipation an den Kosten voranzutreiben. Natürlich, eine Erweiterung des Humanenvermögenspotenzials durch berufliche Qualifizierung,

das heißt, bei der Diskussion um die Assistentinnenausbildung muss es auch darum gehen, wenn so eine Strukturmaßnahme entschieden wurde, dann aber auch die Möglichkeit sozusagen on-the-Job-Training und Weiterqualifizierung, um auch die eigenen Entgelte zu erhöhen.

Bei der Mobilisierung sozialer Netzwerke durch Inanspruchnahme professioneller Strukturen ging es mir auch darum, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass Armutsgefährdung verschiedene Gesichter hat. Einerseits haben wir, wovon wir die ganze Zeit gesprochen haben, auch diejenigen, die in Erwerbstätigkeit sind, in Zeitprobleme kommen bezüglich der Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit, aber wir haben auch diejenigen, die Armutskarrieren über viele Generationen hinweg haben, und die gerade da Unterstützung brauchen, um aus diesem Muster der Armutsgefährdung herauszukommen.

Eins der wichtigen Punkte, die auch in der internationalen Diskussion vermehrt angesprochen wird, ist das Targeting. Das heißt, hier kommt es darauf an, die auch in Deutschland vor allen Dingen der Diskussion unterliegenden These, dass es hier um ein Einkommenspooling im Haushalt geht, nicht mehr aufrecht zu erhalten. Also hier kommt es darauf an, dass einzelne Leistungen wirklich passgenau auf Individuen bezogen werden, und nicht angenommen wird, dass innerhalb des Haushalts eine Gleichverteilung über alle stattfindet. Wir wissen von Christina Boll vom Hamburger Institut für Weltwirtschaftsforschung, die haben gerade aktuell eine Studie rausgebracht, wo sie dann noch einmal zeigen, dass in 40 Prozent der Haushalte finanzielle Entscheidungen nicht gemeinsam getragen werden. Mit der Bildungsdifferenz innerhalb des Haushaltes geht auch einher, dass die Verteilung der einzelnen Ressourcen abhängig von dieser Bildungsbeteiligung in den Haushalten ist.

Dann, was wichtig ist, ist auch eine Kooperation der verschiedenen Teilstrukturen der Hilfesysteme. Hier fallen oftmals verschiedene Hilfesysteme auseinander und müssen als ein System integriert werden. Was mir am Herzen liegt ist nochmal auf die Rolle der öffentlichen und non-profit Arbeitgeber hinzuweisen, auch hier sehen wir, dass Bremen als Arbeitgeber, und auch bundesweit der Staat als Arbeitgeber, zunehmend atypische und schlechter bezahlte Beschäftigung anbietet, und auch hier muss etwas getan werden.

Mein letzter Punkt ist noch, dass auch stark auf die Tarifpolitik eingewirkt werden kann. Hier muss in Bezug auf die Arbeitszeit, aber auch auf die Löhne, eine Tarifpolitik initiiert werden, die darauf abstellt, dass es sich zukünftig um ein egalitäres Zweitverdienermodell handeln müsste.

Ganz abschließend noch, wenn Sie mir das erlauben, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, wir haben Betreuungsquoten von Kindern im Land Bremen aktuell von unter Dreijährigen von 23 Prozent insgesamt und 12,5 Prozent in der Ganztagsbetreuung, das heißt mehr als sieben Stunden. Wir haben Betreuungsquoten von Dreibis Sechsjährigen von 90,2 Prozent, aber nur 30,2 in Ganztagsbetreuung. Und wir haben Ganztagsbetreuungen in der Grundschule von 42 Prozent, und davon sind nur 60 Prozent vollgebundene Ganztagsbetreuungen. In der Oberschule haben wir 69 Prozent, 20 Prozent nur vollgebundene. Und im Gymnasium haben wir 20 Prozent ganztags, und davon keine einzige vollgebundene. Vollgebunden heißt hier fünf Tage mit acht Stunden und Mittagessen.

Darüber hinaus noch ein Punkt: Der soziale Wohnungsbau in Bremen. Wir haben einen Bedarf, wie eine Studie gerade darstellt, von ungefähr 1 200 Sozialwohnungen, was auch in den Bereich der Alleinerziehenden fällt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Abg. Dr. vom Bruch: Ja, Frau Schäfer, ganz herzlichen Dank! Auch Ihnen insgesamt noch einmal herzlichen Dank auch dafür, dass Sie das so perfekt abgestimmt haben! Es hat sich ja als eine hervorragende Abfolge von auch unterschiedlichen Aspekten herausgestellt, und dafür danke ich Ihnen ganz besonders, dass da eben auch ein breites Spektrum an Eindrücken wiedergegeben worden ist! Noch einmal herzlichen Dank!

Ja, die Fragerunde! Frau Grönert!

Abg. Frau Grönert: Ja! Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich jetzt blamiere, dieses, wie hieß das? Targeting? Targeting! Das ist mir jetzt relativ neu gewesen, was ich da nicht genau verstanden habe, Sie haben gesagt, dass die Gelder, die in einer Familie sind, ja nicht immer von allen gemeinsam verwaltet werden, das ist mir ja

auch bekannt. Aber ich habe die Lösung nicht verstanden, es hat sich mir nicht dargestellt, was Sie damit genau sagen wollten, denn was sind denn passgenaue Transfers? Wenn man etwas in eine Familie rein gibt oder in eine Ehe, wer will denn kontrollieren? Also, wie soll das laufen?

Abg. Dr. vom Bruch: Wir könnten eigentlich sammeln, aber wenn ich im Moment keine weiteren Wortmeldungen bestehen, dann, bitte!

Frau Schäfer: Ja, die Idee dahinter ist, dass die Transfers tatsächlich an einzelne Person individuell gebunden, und nicht sozusagen dem Haushalt als solches zur Verfügung gestellt werden. Das stellt ab auf eine Konstrukte, die sich durch die Hartz IV-Reform ergeben hat, wo die Bedarfsgemeinschaften nach den SGB II bestehen. Wenn eine Person eine Grundsicherung in Anspruch nimmt, wird der Partner ja mit in die Pflicht genommen, sage ich jetzt einmal so. Und die Idee dahinter ist, einfach den Gedanken der Bedarfsgemeinschaft bei Grundsicherung, aber auch bei anderen Ansätzen, wie zum Beispiel in der Familienpolitik, aufzuheben und wirklich diese Leistungen an einzelne Individuen zu binden, und nicht an die Idee der Hausgemeinschaft und der Bedarfsgemeinschaft.

Abg. Frau Grönert: Das heißt eine nicht arbeitende Ehefrau könnte immer Hartz IV beantragen? Oder was? Also wenn sie jetzt ein halbjähriges Kind hat, geht nicht arbeiten und hat keine Vorbezüge oder irgendwie so etwas, dann könnte sie das?

Frau Schäfer: Man könnte das in die Richtung denken, genau.

Abg. Dr. vom Bruch: Ich habe auch versucht mir vorzustellen, wie das jetzt praktisch aussehen könnte, aber das müssen wir jetzt hier auch gar nicht abschließend thematisieren. Gibt es weitere Fragen? Das ist offensichtlich im Moment nicht der Fall. Doch! Frau Böschen!

Abg. Frau Böschen: Ich habe noch einmal eine Nachfrage zur Betreuungsquote, die hat mich sehr gewundert. Also ich habe da ja vorhin mit reingeworfen, dass sie so niedrig ist, weil Sie tatsächlich vom Land und damit auch von Bremerhaven sprechen, weil wir haben hier ja ein großes Ungleichgewicht in der Betreuungsquote.

Aber die Sie ausweisen, ist auch für Bremerhaven zu gering, also die Zahlen, die mir bisher immer bekannt waren, sind deutlich höher.

Abg. Frau Kappert-Gonther: Aber es war der Stichtag 01.03.2013, ich glaube, das ist die Lösung.

Frau Schäfer: Das sind die Zahlen für 2013, genau, vom Statistischen Bundesamt. Für alle einzelnen Bundesländer.

Abg. Dr. Güldner: 42 Prozent U3 und etwas über 90 bei den drei- bis sechs-Jährigen ist der Stand heute sozusagen.

Frau Hauffe: Aber es geht immer um die Ganztagsbetreuung, oder?

Abg. Dr. Güldner: Naja, das ist ja die zweite Zahl! Das ist ja die fett gedruckte. Die ist nicht egal, aber die erste stimmt ja auch nicht mit den 23.

Frau Hauffe: Die ist jetzt heute höher, das stimmt. Aber das interessante ist eigentlich die zweite Zahl. Dass man zum Teil ja auch die sogenannte Teilzeitarbeit nicht im Rahmen dessen bewerkstelligen kann.

Abg. Dr. vom Bruch: Vielleicht könnte man sich kompromissartig darauf verständigen, dass die Tendenz zumindest die richtige ist. Ja!

Frau Schäfer: Ja, wir haben einen zunehmenden Ausbau von Betreuungsstellen in Bremen, aber wir sehen auch, dass die Ganztagsbetreuung nicht mit dem einherzieht, und dass da eine große Lücke ist. Was auch einhergeht natürlich mit der ganzen Diskussion um die Qualität der Betreuung, und gleichzeitig die andere Seite, die wir schon betrachtet haben, die Qualifizierung von Personal und den Personalschlüssel innerhalb der Betreuung.

Abg. Dr. vom Bruch: Ja, herzlichen Dank! Frau Kappert-Gonther!

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther: Danke! Es ist eine abschließende Frage an alle drei. Also für mich wäre so die Quintessenz, also die stelle ich gleich dar, dann können Sie sagen, ob ich etwas Wesentliches vergessen habe oder Sie das anders sehen. Ich habe verstanden, es gibt im Wesentlichen drei Möglichkeiten, Frauenarmut zu reduzieren. Die erste ist die Qualifikation, da war ein besonderer Gesichtspunkt, mehr Teilzeitausbildung ermöglichen. Das zweite war ein gleichberechtigtes Familienmodell, also beide teilen sich sowohl Einkommensarbeit als auch Fürsorgearbeit, wenn es Partner gibt. Und das dritte wäre der weitere Ausbau der Kita-Betreuung und auch der Ganztagschulen. Das waren so die drei Hauptpunkte. Und - richtig, genau! - die bessere Bezahlung, also die Reduktion des gender-pay-gaps. Wären das die vier entscheidenden Bereiche?

Frau Schäfer: Darf ich gleich dazu etwas sagen? Ich denke, mit der sozusagen Erwerbsmarktintegration muss aber auch eine gleichrangige Erwerbspartizipation einhergehen. Das heißt, wir müssen nicht nur die Frauen in den Arbeitsmarkt bringen, sondern ihnen auch ermöglichen, da, wo Teilzeit nicht erwünscht ist, sondern einfach das normale Modell, dieses auch umzusetzen. Ich beziehe mich da auf die Kammerstudie für die Geringverdienenden, die zeigt, dass gerade im Bereich der Altenpflege oftmals nicht gewünschte Teilzeit gearbeitet wird, und hier sind Wünsche nach Arbeitszeiterhöhungen an der Tagesordnung, um auch Löhne zu erreichen, die existenzsichernd sind. Das muss auf jeden Fall einhergehen mit natürlichen Aufwertungen.

Abg. Dr. vom Bruch: Die Frage richtete sich an alle drei Damen, glaube ich. Falls Sie Ergänzungen haben, gern!

Frau Dr. Schröder: Wir können es eigentlich kurz machen, weil ich dem absolut zustimme. Insbesondere das Aufbrechen der tradierten Rolle, das ist einfach eine Gesellschaftsaufgabe, die wir irgendwie nicht am Tisch hier regeln können, sondern die wir alle zuallererst einmal in unserer Familie angehen müssen, und unseren Kindern auch weitergeben. Das sehe ich so als Hauptaufgabe.

Frau Hauffe: Das eine ist, das sind die Punkte, die wir bremisch lösen können. Ich glaube, da haben wir jetzt noch eine Fülle an Spiegelstrichen. Und was einen hilflos

macht ein Stück, und das will ich durchaus auch sagen, ist, es geht hier eigentlich um eine Kultur. Es geht um eine Kultur der Erwerbsarbeit, es geht um eine Kultur der Familienarbeit, und Kulturbrüche zu machen ist ja etwas, was hochgradig schwierig ist. Aber wenn wir uns die Entstehungsprozesse dieser Kultur angucken, also ich meine, wir lernen immer noch aus der Ex-DDR an der Stelle, weil es an der Stelle anders war, und damit heißt es nicht, dass die DDR besser war. Das heißt, dass sie an der Stelle etwas anderes gemacht hat. Und das zeigt uns, dass was möglich ist. Also, dass Frauenerwerbsbeteiligung anders möglich ist, als sie hier im Westen gelebt und kulturell verankert ist. Solche Kulturbrüche kriegen wir nur raus, wenn wir auch diese stabilisierenden Systeme dafür wegschaffen. Und das ist, ehrlich gesagt, eine bundespolitische Sache.

Diese stabilisierenden Systeme wie, Ehegatten-Splitting, Betreuungsgeld, da gibt es alles Punkte, die nenne ich leider CDU-Punkte, aber es tut mir leid, es gibt ja auch noch ein paar andere, ja, die Kindergeldfrage. Wenn wir quasi dieses kulturstabilisierende System nicht wirklich in Frage stelle, bleiben wir in dieser Sortierung. Und diese Sortierung verfestigen wir nach und nach und immer stärker, und es wird eher schwieriger als besser.

Frau Schäfer: Ich wollte dazu noch sagen, dass ich dem zustimme, dass man da sicherlich von anderen ideologischen Modellen lernen kann, man aber auch ein bisschen aufpassen muss, weil die Familienpolitik in der DDR auch vorhandene Nachteile hatte. Aber wo ich einen guten Ansatz sehe, der auch vorhin schon erwähnt worden ist - ich glaube von Ihnen, Herr vom Bruch! -, ist, dass man in die Betreuungseinrichtungen den Gedanken hineinträgt, dass es sich hier um Bildung handelt, dass es hier einen Bildungsauftrag gibt, und dass es nicht in die Familien zurückgespiegelt wird. Damit kann man schon ein Stück weit eine Kultur aufbrechen, denke ich, da kann man schon einmal ansetzen.

Abg. Dr. vom Bruch: Ich finde, Frau Hauffe hat schon fast ein gutes Schlusswort gesprochen, denn ich glaube auch, dass wir so viele Phänomene auch im Rahmen Ihrer Vorträge noch einmal bestätigt bekommen haben, wo sich die systematische Benachteiligung von Frauen wie ein roter Faden durchzieht. Das weist schon darauf hin, dass es nach wie vor eine spezielle und spezifische Kultur gibt, die dieses ir-

gendwie auch nur bislang mangelhaft relativiert oder hinterfragt hat. Das ist sicher ein wesentlicher Teil der Ursache dafür, dass wir auf diesem Gebiet eine Menge machen müssen. Was uns hier besonders beschäftigt ist die Frage und die Schlussfolgerung dafür, was das für systematische Auswirkungen auf das Armutsphänomen hat. Hier zeigt sich eben, dass die Benachteiligung für Frauen nicht nur eine allgemeine Frage der gesellschaftlichen Politik ist, sondern sich eben auch spezifisch in dieses spezifische Segment von Politik fortträgt und sich hier nochmals erneut besonders niederschlägt. Deshalb ist es ja auch so wichtig gewesen, dass wir diesen Punkt hier vielleicht heute auch noch einmal separat unter diesem Aspekt diskutiert haben.

Ich würde gern auch den Kollegen abschließend die Möglichkeit zu einer allgemeineren Stellungnahme geben, falls das gewünscht wird. Ansonsten haben wir natürlich auch im Rahmen der nachfolgenden Diskussionen noch immer die Gelegenheit, auch das im Zusammenhang zu diskutieren. Es ist ja hier heute keine abschließende Diskussion, keine abschließende Bewertung, sondern es ist ja sozusagen im Wesentlichen das, was ich einmal als Fact-Finding titulieren will, der Beginn und nicht das Ende einer Diskussion. Herr Dr. Güldner!

Abg. Dr. Güldner: Es ist nur eine praktische Bitte, ob die Vorträge über die Ausschussassistenz zeitnah weitergeleitet werden könnten, damit wir es noch einmal machen. Super! Sehr viele Dinge, Details, Zahlen, alles kann man sich dann noch einmal genau angucken.

Das andere ist, glaube ich, ein Aspekt, der jetzt nicht so richtig im Vordergrund stand, der aber noch einmal bei dieser Teilzeitausbildungsquote im Hintergrund steht. Wir sind unglaublich unflexibel! Diese Flexibilität unserer Systeme, Ausbildung muss den ganzen Tag und Berufsschule und man muss drei Jahre und alles Mögliche, hat in Deutschland so einen gewissen Wert, der auch eine positive Seite hat, es ist alles stabil, weltweit anerkannt und so weiter, alles ganz toll, aber extrem unflexibel. Wenn ich da komme und sage, mir würde eine Ausbildung besser gelingen, wenn ich die in Teilzeit machen könnte, 0,1 ist ja - das hab ich heute zum ersten Mal gehört - ein Witz sozusagen, existiert praktisch nicht könnte man auch sagen, haben wir nicht so. Da ist so ein Punkt, wo die Einführung der Flexibilität, also einfach zu sagen, wir können das, soundso ist das auch gut, so macht man das in Deutschland schon im-

mer, wir können es aber auch anders. Ausbildung kann man zum Beispiel auch anders organisieren, weil gerade für Junge, die dann ja oft alleinerziehende Frauen sind, die dann dadurch erst gar nicht über eine Ausbildung an irgendeine Chance kommen, irgendwo anders als bei Rossmann an der Kasse am Ende zu landen, was ja wenn überhaupt der Regelfall ist. Das ist, glaube ich, auch noch einmal ein ganz wichtiger Aspekt, also diese Starrheit der Systeme.

Frau Hauffe: Sogar die Post, unsere Weihnachtspäckchen werden tagsüber ausgefahren, wir haben alle ein orangenes Ding da bei uns im Briefkasten, fahren teuer übrigens mit Benzin in der Luft. Die Post! Die Post glaubt auch immer, dass tagsüber noch die Hausfrau zu Hause ist. Ja, die DHL! Dann kriegen wir so ein Kärtchen, dann fahren wir teuer mit dem Auto in irgendeine Zweigstelle, wo man abends das Paket rausholen kann.

Frau Dr. Schröder: Ja, und wo wir den Beschäftigten laufend Flexibilität abfordern in der Arbeitswelt, aber unsere Systeme, unsere Ausbildungssysteme völlig unflexibel sind, also da passt doch einiges überhaupt nicht.

Abg. Dr. vom Bruch: Nichts ist so beständig wie Stereotypen, die sich festgesetzt haben, die immer wieder retardiert werden, und die letztlich zu entsprechenden Rollen und Gewohnheiten führen. Frau Kollegin Kappert-Gonther!

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther: Die Kinderbetreuung ist ja ebenfalls unflexibel, das muss man sich ja auch vorstellen, dass wir ja für die Berufe, nennen wir einmal eine Krankenschwester, die Früh- und Spätschicht und womöglich Nachtschicht arbeiten muss, wir kein adäquates Kinderbetreuungssystem haben, und das gilt für die Wissenschaftsberufe und so weiter.

Abg. Dr. vom Bruch: Wenn es keine ganz dringenden Bedürfnisse zu Wortmeldungen mehr gibt, würde ich nach der Wortmeldung von Frau Bernhard dann gern die Liste schließen. Ich gucke einmal in die Runde. Das ist dann nicht der Fall. Frau Kollegin Bernhard!

Abg. Frau Bernhard: Da müssen wir uns aber doch ganz verschärft einmal an der eigenen Nase ziehen! Ich will da nicht über die Abgeordnetenzeit reden, ich rede vom öffentlichen Dienst. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung, und wir brauchen da auch Teilzeitarbeit, da sehen wir gar nicht so richtig gut aus! Wir bieten das im öffentlichen Dienst ja auch nicht in der Weise an, wie wir das gern hätten. Ich kenne zig Auseinandersetzungen, ob das Kinderbetreuung, Pflegeaufgaben oder sonst etwas ist. Das heißt, da wird reduziert und die Arbeit wird aber letztendlich nicht aufgefangen. Und das ist etwas, wo wir uns dann selber, finde ich, hier auch einmal Alternativen überlegen müssen. Also ich fand es ein sehr gutes Statement, aber ich finde, wir müssen es auch nicht nur hier über Handelskammer schauen, sondern wir müssen das auch im öffentlichen Dienst tun. Die Arbeitszeitverkürzung finde ich total wichtig, denn wir brauchen keine Kindergärten, die rund um die Uhr offen sind, sondern wir müssen letztendlich weniger tun und nicht ununterbrochen arbeiten und uns Überstunden aufladen.

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Bernhard, unabhängig von der Bewertung dessen, was Sie vorschlagen oder anregen, haben Sie, so fürchte ich, zu Widerspruch oder zu Kommentierungen Anlass gegeben. Frau Mohammadzadeh!

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh: Vielen Dank! Ich arbeite ja seit über zwanzig Jahren in einem großen Büro des öffentlichen Dienstes in Bremen und möchte von einer Auswertung innerhalb des Gesundheitsamtes aus dem Jahre 2013 berichten. Wir sind dort etwa 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine große Gruppe von Frauen arbeiten dort in Teilzeit, so dass wir inzwischen an unsere räumlichen Grenzen gestoßen sind, weil ja einfach für die Behörde ein Problem mit den Räumlichkeiten gibt, darauf wollte ich einfach aufmerksam machen.

Frau Schäfer: Darf ich noch einmal ganz kurz etwas dazu sagen? Ich wollte nur sagen, es geht auch beim öffentlichen Dienst um Auslagerungen von Beschäftigten, zum Beispiel an der Uni, ist ganz klar, die haben den gesamten Putzbereich ausgelagert und die arbeiten jetzt für den Minimallohn.

Abg. Dr. vom Bruch: Ein weites Feld! Jetzt werde ich in Wahrnehmung meiner Amtspflichten sozusagen die Rednerliste streichen, ohne noch einmal nach links und

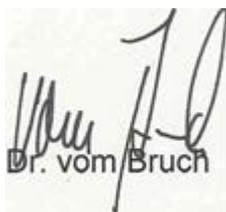
rechts zu schauen. Ich darf trotzdem noch einmal ganz herzlich den Dank anfügen an Sie drei, dass Sie sich diese doch ausgedehnte Zeit für uns genommen haben. Ich danke, ich habe wie auch bei den anderen Veranstaltungen wieder unglaublich viel gelernt. Leider auch gelernt, dass sich weniger verändert hat, als ich gehofft und vermutet habe.

Ich würde noch einmal kurz überblenden auf den Punkt Verschiedenes. Das werden wir aber wirklich kurz halten, denn ich hätte nur noch die Bitte, weil wir noch eine Veranstaltung zu dem Thema „Sozialräumliche Instrumente“ planen müssen, und auch noch einmal die Situation mit den Papieren sortieren müssen, dass wir gleich im Rahmen der Sprecher noch eben kurz einen Termin koordinieren, wo wir das noch einmal vielleicht ein wenig sortieren könnten.

Ansonsten danke ich der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für das Papier, das inzwischen bei uns angekommen ist, das wollte ich einmal eben hier rückmelden, und damit die Aufmunterung an alle anderen, noch einmal zu überprüfen, ob man da vielleicht noch einmal nachlegen kann, aussprechen. Ansonsten ganz herzlichen Dank an alle für das Kommen! Ich schließe die Veranstaltung.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 16.22 Uhr)



Dr. vom Bruch